

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Kafrahmdeckeli: Zittern um 160 Jobs im Emmental. Seite 7

Vania Alleva

«Wir müssen vorwärts, nicht zurück!»

Die Unia-Präsidentin im grossen Interview über den **Frauenstreik**, die **Kaufkraft-Krise** und die Verteilung der **Care-Arbeit**. Seiten 4-5



Hartnäckigkeit lohnt sich

10 Jahre kämpfte Franziska Hulliger gegen ihre Rache-Kündigung. Jetzt ist das Geld da. Seite 2

Mindestlöhne lohnen sich

Rechte bekämpfen Mindestlöhne. Dabei sind die ein Segen. Das Dossier. Seite 10-11

Wie lange in die Ferien?

Neues Jahr – neues Ferienguthaben! work erklärt die wichtigsten Regeln für Ihre arbeitsfreien Wochen. Seiten 14-15



workedito
Anne-Sophie Zbinden

RÖSTLI AUF DEM ENERGIEKARUSSELL

Auch Neo-Bundesrat Albert Rösti (SVP) durfte am Treffen der Reichen und Mächtigen in Davos dabei sein (siehe Text unten rechts). Doch es lief nicht wie geschmiert: Deutschlands Wirtschaftsminister Robert Habeck benannte ihn kurzerhand um zu «Kollege Rösstli». Auch der Gasdeal mit Deutschland ging bachab. Wobei der Umweltminister

Für trümmelige Wendungen ist auf die SVP Verlass. Wasser nicht scheut, ist er doch auf der Website der Wasserkraftlobby (SWV) noch immer als ihr Präsident aufgeführt. Er war

auch Präsident der Heizöllobby Swissoil, dazu jahrelang Atomlobbyist. Bis zu 16 Mandate brachte er unter einen Hut. Für weniger reich behutete eine schwindelerregende Anzahl von Rösstli-Drehungen.

Wenn es um trümmelige Wendungen geht, ist auf Röstis Parteikollege Christian Imark Verlass. Seine Antwort auf die Energiekrise:

«Schweizer Erdgas fördern!» Seit den 1950er Jahren taucht diese Idee immer wieder auf, mit steigender Absurdität. Geologisch betrachtet ist es relativ einfach: Ja, das schweizerische Mittel- land erfüllt alle Voraussetzungen für Erdöl- oder Erdgasvorkommen. Aber nein, wir wissen nicht genau, wie gross die Vorkommen sind. Bei Probebohrungen stiess man zwar immer wieder auf Gas und Öl. Doch einzig im luzernischen Entlebuch wurde in den 1980er Jahren in sehr bescheidenen Mengen Erdgas gefördert. Politisch ist die Sache etwas komplizierter.

LEGENDEN. In den 1950er Jahren wurden die Kantone regelrecht überschwemmt von Konzessionsgesuchen der Ölmultis, allen voran von Shell. Damals wie heute liessen diese Konzerne keinen Fleck der Welt aus, um nach fossilen Brennstoffen zu suchen. Bundesrat Max Petitpierre (FDP) sah diesen Run auf Schweizer Konzessionen skeptisch. Unter dem Eindruck des Kalten Krieges war er der Meinung, dass nur schon eine «Legende über Erdölvorkommen» die Schweiz gefährde, denn dadurch würde das Land eine «neue Bedeutung in der strategischen Planung der Grossmächte erhalten». Die Suezkrise von 1956 führte der Schweiz jedoch ihre Abhängigkeit von Ölimporten vor Augen. Das schmälerte die Vorbehalte gegenüber der heimatischen Öl- und Gassuche erheblich.

ZAUBERHUT. Nach wie vor lehnte der Bundesrat jedoch eine Zusammenarbeit mit den Ölmultis ab. Er sah die Schweizer Neutralität und Unabhängigkeit in Gefahr. Die Wirtschaftsvertreter brachten die gleichen Argumente vor, fürchteten jedoch hauptsächlich um ihre Gewinne. An den Widersprüchen schien sich aber niemand zu stören: Erstens war in der Schweiz niemand bereit, in dieses Risikogeschäft zu investieren. Zweitens war die Schweiz bei den Erdölimporten zu hundert Prozent von genau diesen Ölmultis abhängig. Und selbst als längst bekannt war, dass unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen auch für das Klima ein Desaster ist, liess sich immer wieder ein «Imark» finden, der die Idee des Schweizer Erdöls oder Erdgases aus dem Hut zauberte.

Zum Glück sind wir doch schon etwas weiter: Schweizerinnen und Schweizer haben 2022 ein zusätzliches Gigawatt Solarenergie installiert, schreibt der «Blick». Das entspricht der Leistung des AKW Gösgen. Oder sie entwickeln Technologien für Geothermie-Bohrungen ohne Erdbeben (Seite 12). Damit lassen sie Imark mit seinem Schweizer Gas und Rösti auf seinem Energiekarussell links liegen.

Mopac-Entlassungen: Franziska Hulligers finaler Triumph «Sich wehren lohnt sich immer!»

Vor über zehn Jahren wurde Franziska Hulliger (65) geschasst – aus purer Rache! Das liess sich die Büezerin nicht gefallen. Jetzt macht sich ihr Durchhaltewille bezahlt.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Gegen Mittag füllt sich die Pizzeria Bernerhof in Burgdorf mit Büezerinnen und Büezern. Viele von ihnen in grellen Arbeitskleidern. Die wohl einzigen Pensionierten in der Beiz sind Franziska Hulliger (65) und ihr Ehemann Bruno (67). Anders als für die hungrigen Werktätigen hier geht's dem Rentnerpaar heute nicht um eine schnelle Mittags-

Der Mopac-Chef kürzte die Löhne beim Ehepaar Hulliger um 730 Franken pro Monat!

verpflegung. Für die beiden ist der Restaurantbesuch fast ein Tagesausflug. «Wir geniessen unsere Zeit zusammen», sagt Franziska Hulliger. Zurücklehnen und geniessen – zu lange war dies unvorstellbar.

Über zehn Jahre musste Franziska Hulliger gegen ihren ehemaligen Arbeitgeber Mopac kämpfen – wegen einer Rache- kündigung. Im Jahr 2011 entliess der damalige Chef des Emmentaler Verpackungsunternehmens alle 260 Mitarbeitenden. Bloss, um sie mit einem schlechteren Arbeitsvertrag gleich wieder anzustellen!

TIEFLÖHNE NACH EUROKURS

Sein Plan: Mit der Änderungskündigung die Löhne an den damals sehr tiefen Eurokurs anpassen. In den Augen von Franziska Hulliger



ENDLICH ENTSCHÄDIGUNG: Jetzt kann Ex-Packerin Franziska Hulliger ihren wohlverdienten Ruhestand geniessen. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

eine dreiste Abzocke. Damals war sie bei Mopac als Packerin im Stundenlohn tätig und verdiente im Monat brutto 3200 Franken. Mit dem neuen Vertrag wären es gerade mal 2880 Franken gewesen. Ähnlich war's bei Ehemann Bruno, der bei Mopac im Lager arbeitete: Statt 4100 hätte er nur noch 3690 Franken verdient. Mit den neuen Verträgen wäre das Monatseinkommen von Ehepaar Hulliger um 730 Franken geschrumpft. Damit wären die beiden nicht mehr über die Runden gekommen. Hulliger plagten Existenzängste, und sie erzählte ihre Geschichte in der Öffentlichkeit – auch im work. Darauf reagierte

der Mopac-Chef prompt. Er stellte die couragierte Franziska Hulliger einfach vor die Tür. Seine Begründung: Hulliger habe schon immer zu langsam gearbeitet.

CHEF VOR GERICHT

Um sich gegen diese missbräuchliche Kündigung zu wehren, holte sich Hulliger rechtliche Unterstützung bei ihrer Gewerkschaft. Nadaw Penner, Mitarbeiter des Rechtsdienstes bei der Unia Bern, betreute den Fall von Anfang an. Er sagt: «Fränzi habe ich als mutige und selbstsichere Frau erlebt. Sie hat sehr viel Durchhaltewilligkeit gezeigt und nie die Hoffnung verloren.» 2013 sass Hulli-

ger ihrem Ex-Chef schliesslich im Regionalgericht Burgdorf gegenüber. Sie einigten sich auf eine Entschädigung, die Auszahlung liess aber lange auf sich warten. Erst im Dezember 2022 landete die Entschädigung endlich auf Hulligers Konto. Wie hoch der Betrag genau ist, möchte sie nicht sagen. Sicher sei aber: «Für uns ist das eine Stange Geld!» Auch bei Mopac änderte sich einiges: Der Chef von Hulliger stand kurz vor der Pleite. Der Betrieb in Wasen BE wurde 2016 von einem neuen Käufer übernommen, was unter anderem auch der Grund war, dass Hulliger so lange auf ihre Entschädigung warten musste.

ÜBER 300 BEWERBUNGEN

In den neun Jahren zwischen dem Urteil und der Auszahlung ist bei Franziska Hulliger viel passiert: «Die Stellensuche war ein Kampf. Mit Mitte fünfzig einen neuen Job zu finden war verdammt schwierig.» Für das Ehepaar kamen schwierige Jahre, das Geld fehlte an allen Ecken und Enden. Es dauerte zwei Jahre und über 300 Bewerbungen, bis Hulliger eine Stelle fand. Ge- klappt hat es schliesslich bei der Gastronomiegruppe ZFV, wo sie im Service anfangen konnte. Für Hulliger ein Glück, denn: «Dort habe ich mich endlich wieder richtig wohl gefühlt.»

Und wie fühlt es sich an, jetzt, nachdem die langersehnte Entschädigung eingetroffen ist? «Wir sind einfach froh, dass die Mopac-Geschichte endlich vorbei ist und wir dieses Kapitel schliessen können», sagt Franziska Hulliger. Bruno und sie hätten jetzt endlich Zeit, um sich mit Freunden zu treffen. Zum Jassen oder für kleine Ausflüge. Und was sagt sie zu ihrer Mopac-Zeit? «Könnte ich die Zeit zurückdrehen, würde ich mich schon viel früher wehren. Denn das lohnt sich immer!»

Neuer Bericht: Das reichste Prozent wird wieder 26 Billionen reicher Oxfam stört Party der Reichen und Mächtigen in Davos

Energieknappheit und Teuerung lassen die Schere zwischen Armen und Reichen weiter aufgehen. Jetzt fordert die Hilfsorganisation Oxfam höhere Steuern für Superreiche.

CHRISTIAN EGG

Für das reichste Prozent der Weltbevölkerung sind die Auswirkungen des Ukrainekriegs ein Bombengeschäft: Sie schnappen sich fast zwei Drit-

Tiefe Steuern für Superreiche – das war nicht immer so.

tel des neu geschaffenen Vermögens des ganzen Planeten. Dieses misst sich in Billionen. Eine Billion sind tausend Milliarden. Und von Ende 2020 bis Ende 2022 ist das Gesamtvermögen der Weltbevölkerung um 42 Billionen Dollar angewachsen. 26 Billionen davon reist sich das reichste Prozent unter den Nagel. Den Rest teilen sich die übrigen 99 Prozent der Erdenbürgerinnen und

-bürger. Erstmals seit 25 Jahren haben extremer Reichtum und extreme Armut gleichzeitig zugenommen.

GEWINNE VERDOPPELT

Errechnet hat die Zahlen die Hilfsorganisation Oxfam. Pünktlich zum Treffen der Reichen und Mächtigen am WEF in Davos weist sie in einem neuen Bericht nach: Seitdem der Ukrainekrieg die Energie- und Lebensmittelpreise stark ansteigen liess, driften Arm und Reich noch schneller auseinander als bisher. Auch weil die Superreichen stark von der Krise profitiert haben: Im Kriegsjahr 2022 haben laut dem Bericht 95 Lebensmittel- und Energiekonzerne ihre Gewinne mehr als verdoppelt. Den Grossteil dieser Übergewinne, nämlich 257 Milliarden Dollar, zahlten sie reichen Aktionärinnen und Aktionären aus. Die darüber hinaus für ihre Milliardengewinne immer weniger Steuern zahlen müssen.

Elon Musk, Tesla-Tycoon und reichster Mann der Welt, zahlte auf seinen Vermögens-



BLING BLING, WUFF WUFF: Ein Mops feiert in St. Moritz. FOTO: KEYSTONE

zuwachs gerade mal 3 Prozent Steuern. Eine Marktfräulein in Uganda muss dagegen 40 Prozent ihres knappen Einkommens dem Staat abgeben. Das war nicht immer so: In den 1950er Jahren lag etwa in den USA der Grenzsteuersatz für die höchsten Einkommen bei 91 Prozent, für Erbschaften bei 77 Prozent. Jahrzehnte des Steuerwettbewerbs hätten einen Kollaps der Steuersätze für Reiche und Unternehmen zur Folge gehabt, heisst es dazu im Oxfam-Bericht.

MILLIARDÄRSSTEUER

Oxfam fordert jetzt eine Umkehr dieses Trends. Und rech-

net vor: Eine 2-Prozent-Steuer auf alle Vermögen über fünf Millionen Dollar, ansteigend auf 5 Prozent für Milliardärinnen und Milliardäre, würde weltweit 1,7 Billionen Dollar pro Jahr einbringen. Damit liessen sich gleich mehrere Probleme der Menschheit aufs Mal lösen: Es wäre genug, um zwei Milliarden Menschen aus der Armut zu befreien, einen globalen Plan zur Beseitigung des Hungers zu finanzieren und dazu noch allen Menschen in den ärmsten Ländern der Erde eine allgemeine Gesundheitsversorgung und soziale Absicherung zu bieten.

Worauf warten wir?



KÄMPFERISCHES GESPANN: Dass die Rechte der Arbeitenden geschleift werden, lassen die Unia-Gewerkschafter Lukas (links) und Jacob Auer nicht zu. FOTO: STEPHAN BÖSCH

Der Thurgau rüttelt am Arztgeheimnis ...

... doch Vater Auer und Sohn rütteln dagegen!

Das Projekt Rework soll Kranken und Verunfallten die Jobrückkehr erleichtern. Doch der Thurgau schiesst übers Ziel hinaus und will jetzt auch die Krankenakten offenlegen. Gewerkschafter-Duo Luki und Köbi Auer läuft Sturm.

JONAS KOMPOSCH

Ein Unfall oder eine schwere Krankheit können einen gehörig aus der Bahn werfen. Die Rückkehr in den Job fällt oft schwer – besonders nach einer langen Arbeitsunfähigkeit. Genau hier setzt Rework an, ein von Sozialversicherungen, Gesundheitsinstitutionen und Arbeitgeberverbänden initiiertes Netzwerk. Es will Patientinnen und Patienten einen möglichst raschen Wiedereinstieg ins Arbeitsleben ermöglichen. Dazu sollen alle Beteiligten – also Patient,

«Eine solche Aufhebung des Arztgeheimnisses geht zu weit!»

GEWERKSCHAFTER KÖBI AUER

Arbeitgeberin, Arzt und Sozialversicherung – in einen verstärkten Austausch treten. Teilzeitpensen oder angepasste Tätigkeiten würden so eher möglich, ist man bei Rework überzeugt. Das Projekt ist erst vor ein paar Jahren angelaufen – bisher in den Kantonen Solothurn, Graubünden, Glarus, St. Gallen und Thurgau. Und es hat überall grosse Hoffnungen geweckt. Einer Expansion gen Westen stünde nichts im Weg. Doch jetzt gibt es in der Ostschweiz mächtig Stunk.

SCHWEIGEPFLICHT ADIEU

Der Grund: ein Flyer von Rework Thurgau. Dieser empfiehlt Erkrankten pauschal: «Informieren Sie den Arbeitgeber regelmässig über den Krankheitsverlauf.» Als ob es kein Patientenrecht auf Geheimhaltung gäbe! Und nicht nur das. Der Flyer enthält sogar ein Formular zur Schweigepflichtentbindung. Wer es unterzeichnet, befugt behandelnde Ärztinnen und Ärzte, dem Arbeitgeber medizinische Informationen weiterzugeben.

Da machen die Gewerkschaften nicht mit. Unia-Ostschweiz-Präsident Köbi Auer (61) sagt: «Eine solche standardisierte Aufhebung des Arztgeheimnisses geht schlicht zu weit.» Der LKW-Mechaniker weiss, wovon er spricht. In seinem Berufsleben erlitt Auer bereits drei Herzinfarkte, musste den vorderen

Teil eines Fusses amputieren, eine Niere transplantieren und kürzlich auch noch den Bauch operieren. Kommunikation und Offenheit seien zwar meistens hilfreich, sagt Auer. Andererseits bestehe das Risiko, dass gewisse Arbeitgeber dies ausschliesslich zu ihrem eigenen Vorteil ausnutzen.

Auch Köbis Sohn Lukas Auer (32), seinerseits Präsident des kantonalen Gewerkschaftsbunds, hat Einwände: «Gemeinsame Gespräche wären ja schön und gut. Doch bisher konnte mir bei Rework niemand garantieren, dass daraus keine Kündigungen oder Vertragsauflösungen resultieren!» Mit ihrer Kritik sind die Auers nicht allein.

Brigitta Danuser, emeritierte Professorin für Arbeitsmedizin, sagt zu work: «Eine Schweigepflichtentbindung so zu bewerben, ist ethisch nicht vertretbar.» Ohnehin nütze die blosser Offenlegung einer Diagnose den Chefs nichts. Denn: «Es gibt rund 10 000 verschiedene Krankheiten, und zudem ist eine Diagnose nichts Statisches.» Für Angestellte seien die Risiken einer Schweigepflichtentbindung hingegen beträchtlich: «Besonders bei psychischen Erkrankungen läuten bei vielen Arbeitgebern die Alarmglocken, und es geht nur noch darum, den Arbeitnehmer loszuwerden.»

SCHRÄGE REGIERUNGSKLÄRUNG

Diese Bedenken haben auch Vater und Sohn Auer. Auf Fundamentalopposition machen die beiden trotzdem nicht. «Im Grundsatz ist Rework eine gute Sache!» sagt Köbi. Die generelle Schweigepflichtentbindung müsse aber weg. Sohn Lukas stört aber noch etwas: Ausgerechnet die Gewerkschaften hat Rework Thurgau nicht ins Boot geholt. Dabei seien sie doch die Interessenvertreterinnen jener, die bei Rework im Zentrum stehen: die Arbeitenden! Auer senior, der für die SP im Kantonsparlament sitzt, hat deshalb beim Regierungsrat nachgehakt. Die Antwort liegt seit Mitte Dezember vor – und hat es in sich!

Die Regierung schreibt, dem Thurgauer Rework-Netzwerk gehöre ja auch die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt (Suva) an. Damit sei «die Arbeitnehmerschaft vertreten, da im Verwaltungsrat der Suva 16 Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitnehmerschaft sitzen, wovon fünf der Unia angehören». Kantonsrat Auer konnte es kaum glauben: «Völlig schräg» sei diese Logik. Denn: «Die Suva vertritt die Anliegen als Versicherer, nicht jene der Arbeitnehmenden!» Diese stünden bislang alleine da. Anders die Unternehmer: Sie sind mit Gewerbeverband, Versicherungsverband sowie Industrie- und

Handelskammer üppig vertreten. Dass es auch anders ginge, beweisen Graubünden und Glarus.

Dort sitzen die Gewerkschaften bei Rework mit am Tisch. Edina Annen (29), Präsidentin des Bündner Gewerkschaftsbunds, sagt: «Wir wurden von Anfang an eingeladen und konnten eine sehr gute Zusammenarbeit etablieren.» Lina Manno (29) von der kantonalen Sozialversicherungsanstalt bestätigt: «Es braucht einen offenen und kritischen Diskurs.» Die Sicht der Arbeitnehmenden sei daher immer miteinzubeziehen. Und wie steht es um die Schweigepflichtentbindung, wie sie im Thurgau propagiert wird?

GLARNER ÄRZTE WARNTEN

So weit wollte kein zweiter Kanton gehen. In Graubünden hat man sich sogar bewusst dagegen entschieden. Ebenso in Glarus. Dazu Suva-Mann und Rework-Glarus-Sprecher Thomas Hug (52): «Bei uns war es nicht zuletzt die Ärztesellschaft, die vor einer standardisierten Schweigepflichtentbindung warnte. Denn das führe nur zu Scherereien mit den schwarzen Schafen unter den Firmen.» Auch in Solothurn und St. Gallen sah man von diesem Schritt ab. Barbara Gysi (58), Präsidentin des St. Galler Gewerkschaftsbunds und SP-Nationalrätin, ist erleichtert: «Das wäre nicht nur ein Eingriff in die Persönlichkeitssphäre der Betroffenen, sondern auch unnötig. Eine punktuelle Entbindung, soweit sie für die Arbeit relevant ist, reicht absolut.» Zufrieden ist aber auch Gysi nicht: «Auch unser Gewerkschaftsbund wurde leider nie kontaktiert.»

Lange Absenzen: Teuer und tückisch

Ein naturgemäss grosses Interesse an einer baldigen Rückkehr der kranken Arbeitnehmenden haben Versicherer und Unternehmer. Denn jeder Absenztage kostet eine Firma im Schnitt 600 bis 1000 Franken.

MEHR SCHUTZ. Aber auch die Betroffenen sind froh, wenn das Stubenhocken nicht von Dauer ist. Denn: Je länger die Absenz, desto schwieriger der Wiedereinstieg. Zahlen zeigen: Schon nach einem halben Jahr gelingt die Rückkehr nur noch in der Hälfte aller Fälle! Edina Annen, Mitarbeiterin der Psychiatrischen Dienste Graubündens und Gewerkschaftsbundpräsidentin, sieht in einer frühzeitigen Reintegration daher auch einen Schutz vor Arbeitslosigkeit. (jok)

Alstom ignoriert Rettungsplan

VILLENEUVE VD. Just vor Weihnachten 2021 schockierte die Zuger Herstellerin Alstom mit einer Hiobsbotschaft: In Villeneuve würden 150 von 400 Stellen abgebaut. Nach zähen Verhandlungen konnten die Gewerkschaften 30 Stellen retten und einen Sozialplan aushandeln. Ein Jahr später ziehen sie nun Bilanz: Der Sozialplan brachte Abfindungen, eine fortschrittliche Vorruhestandsregelung und Umschulungshilfen. Parallel dazu haben Mitarbeitende und Gewerkschaften aber auch Massnahmen erarbeitet, die den Kahlschlag verhindern würden. Doch Unia-Sekretär Abdeslam Landry sagt: «Bisher sind weder Alstom noch die Behörden auf die Vorschläge eingegangen. Es braucht jetzt endlich Antworten!»

Erste Indigene wird Ministerin

BRASÍLIA (BR). Der im Oktober gewählte Präsident Lula da Silva schafft ein Ministerium für die indigenen Völker Brasiliens. Zeitgleich ernennt er Sônia Guajajara zur ersten indigenen Ministerin des Landes. In Brasilien leben fast eine Million Indigene,



Sônia Guajajara. FOTO: KEYSTONE

die Mehrheit im Amazonasgebiet. Unter Ex-Präsident Jair Bolsonaro haben Vertreibung, Diskriminierung und Gewalt gegen sie massiv zugenommen.

Kita-Petition eingereicht

BASEL. Die Basler Kita-Mitarbeitenden haben genug von Dauerstress und Überbelastung. 500 von ihnen haben mit der Gewerkschaft VPOD dem Regierungsrat eine Petition überreicht. Diese fordert endlich konkrete Verbesserungen beim Betreuungsschlüssel und bei den Löhnen. Sonst wandere immer mehr Personal ab, und die Betreuung könne nicht mehr gewährleistet werden. Die Petition ist eine Antwort auf den Gegenvorschlag des Regierungsrats zur kantonalen Kita-Initiative der SP. Diese will, dass Kitas bis zur Einschulung kostenlos werden.

Gewerkschafter hinter Gitter

MINSK (BLR). Wegen angeblicher «Straftaten gegen die öffentliche Ordnung» hat das Minsker Stadtgericht Alexander Yaroshuk zu vier Jahren Haft verurteilt. Der Chef des verbotenen belarussischen Kongresses der Demokratischen Gewerkschaften (BKDP) sass bereits acht Monate in Untersuchungshaft. Zuvor hatte er Machthaber Alexander Lukaschenko kritisiert. Es sei «die grösste Schande», dass er Belarus als Aufmarschgebiet für die russischen Truppen preisgebe. Auch verurteilt wurde BKDP-Vize Sergei Antusewitsch und Gewerkschaftsbuchhalterin Irina But-Husaim (1,5 Jahre).

Neuer Verteilungsbericht des Gewerkschaftsbundes zeigt: Die Schweiz wird wieder ungerechter



PELZIGER LUXUS: In der Schweiz besitzen 1,6 Prozent der Menschen gleich viel wie die anderen 98,4 Prozent zusammen. FOTO: KEYSTONE

Wer hat, dem gibt unser Land noch mehr. Die Gewerkschaften haben die Zahlen dazu und geben Gegensteuer.

CLEMENS STUDER
Lohnabhängige mit tiefen und mittleren Einkommen haben heute real weniger im Portemonnaie als 2016. Das ist eine der Erkenntnisse aus dem neuen Verteilungsbericht des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Real mehr Geld zur Verfügung haben dafür die obersten 10 Prozent.

Wie die Einkommensungleichheit ist auch die Vermögensungleichheit gewachsen. 2003 besaßen 3 Prozent der Steuerzahlenden

Lohnabhängige mit tiefen und mittleren Einkommen haben heute real weniger im Portemonnaie als 2016.

in der Schweiz die Hälfte aller Vermögen. 2019 waren es noch nur 1,6 Prozent. Das heisst: In der Schweiz besitzen 1,6 Prozent der Menschen gleich viel wie die anderen 98,4 Prozent zusammen.

Das hat mehrere Gründe. Unter anderem:

- **Ungenügende Lohnerhöhungen:** Die Kapitalbesitzenden haben in den vergangenen Jahren viel zu wenig des von den Lohnabhängigen geschaffenen Mehrwerts an diese weitergegeben. Und für dieses Jahr konnten die Gewerkschaften dank energischem Druck in vielen Branchen zwar Teuerungsausgleiche erreichen und mancherorts auch eine teilweise Weitergabe der Produktivitätsgewinne. Doch in einigen Bran-

chen blieben die Arbeitgeber stur – und kürzten so den Beschäftigten real die Löhne. So zum Beispiel die Detailhandelsriesen Migros und Coop.

- **Krankenkassenprämien:** Seit 1997 sind die durchschnittlichen Krankenkassenprämien real um über 140 Prozent gestiegen. Die Summe, die für individuelle Prämienverbilligungen zur Verfügung steht, wuchs dagegen nur um gut 40 Prozent. Die durchschnittlichen Reallöhne sogar nur um 15 Prozent. Weil in der Schweiz die Milliardärin die gleiche Prämie bezahlt wie die Verkäuferin, ist das Monat für Monat eine Umverteilung von unten nach oben.

- **Steuerpolitik:** In den vergangenen Jahren wurden insbesondere in den Kantonen die Steuern für Vermögende und Bestverdienende gesenkt. Auch darum fehlt Geld für Prämienverbilligungen, und Gebühren für Service-public-Dienstleistungen steigen. Gebühren sind in der Tendenz ungerecht, weil auch hier der Milliardär gleich viel in Franken bezahlt wie der Verkäufer.

So wollen die Gewerkschaften die Kaufkraft stärken:

- Ein 100-Prozent-Lohn muss zum Leben reichen. Das heisst konkret: Keine Löhne unter 5000 Franken für Berufstätige mit Lehre und mindestens 4500 Franken für alle (siehe dazu auch Seiten 10–11).
- Die Teuerung muss jedes Jahr automatisch ausgeglichen werden.
- Kein Haushalt soll mehr als 10 Prozent des verfügbaren Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben müssen.
- Ein AHV-Dreizehnter.
- Endlich Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen.

Den ganzen Verteilungsbericht des Gewerkschaftsbundes zum Nachlesen gibt es unter: rebrand.ly/verteilungsbericht23.

Neue Studie beweist: So wertvoll sind Gewerkschaften

In den letzten zwanzig Jahren haben Ökonomen und Ökonomen den gewerkschaftlichen Einfluss auf Löhne und Beschäftigung besonders intensiv untersucht. Das erste Mal in der über hundertjährigen Geschichte der Gewerkschaften gibt es so genaue Zahlen. Die Untersuchungen sind auch möglich dank besseren Daten und einfacherer Auswertung mit leistungsstärkerer Software.

ERHELLEND. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat jetzt über hundert dieser Studien zu Gewerkschaften und Gesamtarbeitsverträgen und ihre Auswirkungen auf Löhne, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit ausgewertet. Eine Fundgrube!

Zwei zentrale Erkenntnisse: **Je mehr Gewerkschaft, desto höher die Löhne.** Je besser der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist, desto höher sind die Löhne. Und zwar vor allem die niedrigen und mittleren. Managerlöhne steigen dage-

gen in gewerkschaftlich gut organisierten Branchen und Betrieben weniger stark. **Je mehr Gewerkschaft, desto grösser der Anteil für die Lohnabhängigen.** Ein höherer gewerkschaftlicher Organisationsgrad erhöht den Anteil der Arbeits-einkommen am von den Lohnabhängigen erarbeiteten Mehrwert. Der Anteil für die Besit- zenden der Produktionsmittel sinkt. (cs)

Die ganze Studie kann hier heruntergeladen werden: rebrand.ly/metastudie.

Unia-Chefin Vania Alleva blickt kämpferisch auf das Frauenstreikjahr 2023

«Es geht rückwärts statt vorwärts – und das geht uns alle an»

Der Druck am Arbeitsplatz. Der Stress, Familie und Job unter einen Hut zu bringen. Und das erst noch zu tiefen Löhnen: Das erleben viele Frauen in der Schweiz. Unia-Präsidentin Vania Alleva sagt im grossen work-Jahresauftakt-Interview, was die Unia für sie fordert und warum Gleichstellung nicht nur die Frauen etwas angeht.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

work: Vania Alleva, worauf freuen Sie sich besonders im Jahr 2023?
Vania Alleva: Auf die Zusammenarbeit mit ganz vielen aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Es wird sicher ein engagiertes Jahr! Ganz besonders mit der Mobilisierung für den Frauenstreik.

Nur vier Jahre nach dem letzten Frauenstreik steigt 2023 der nächste. Müssen die Frauen bald jedes Jahr auf die Strasse, damit es endlich vorwärtsght?

Wir müssen so lange dranbleiben, bis die Gleichstellung erreicht ist. Der Druck der Strasse und in den Betrieben ist enorm wichtig. Im Moment geht es rückwärts statt vorwärts. Deshalb lautet die Kampfansage für den Frauenstreik 2023: Respekt, mehr Lohn, mehr Zeit.

Dieselben Forderungen wie bereits beim letzten historischen Frauenstreik 2019.

Ja, weil es rückwärts- statt vorwärts- geht bei den Löhnen, bei den Renten und bei der Verteilung der Care-Arbeit. Über ein Erwerbsleben ge-

«Wir haben eine Lösung parat, wie wir sofort 8,3 Prozent höhere Renten erreichen könnten: mit der 13. AHV-Rente.»

rechnet, ist das Einkommen der Frauen noch immer 43,2 Prozent tiefer als jenes der Männer. Die Lohnschere geht seit 2016 wieder auf, und die Löhne in den Tieflohnbranchen, in denen mehrheitlich Frauen arbeiten, sind real gesunken. Und bezüglich Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit haben wir während der Coronapandemie klar gesehen, dass vor allem Frauen das Home-Schooling und die Kinderbetreuung übernommen haben. In Franken um-

gerechnet, beträgt der Wert der unbezahlten und hauptsächlich von Frauen geleisteten Arbeit 315 Milliarden Franken. Bei der Frauenstreikbewegung geht's um eine gerechtere und sozialere Gesellschaft. Das ist ein urgewerkschaftliches Anliegen und geht uns alle etwas an.

Feministische Organisationen haben bereits begonnen, den 14. Juni zu planen. Wie bereitet sich die Unia auf den Frauenstreik vor?

Wir unterstützen die feministischen Bewegungen. Als Gewerkschaft wollen wir uns vor allem auf Betriebe konzentrieren, in denen viele Frauen arbeiten. In Branchen, die während Corona als «systemrelevant» beklatscht wurden, wo bei Löhnen und Arbeitsbedingungen jedoch nichts verbessert wurde. Deshalb unterstützen wir Frauen im Detailhandel, in der Pflege oder in der Uhrenindustrie. Wir werden allen Frauen zur Seite stehen, die bereit sind, in ihren Betrieben die Arbeit niederzulegen.

Im Detailhandel arbeiten mehrheitlich Frauen. Viele von ihnen haben jetzt weniger im Portemonnaie trotz gutem Geschäftsgang.

Das ist enttäuschend. Denn gleichzeitig erhöhen die grossen Detailhändler die Preise und suchen händeringend nach Fachkräften! Daher ist es nicht verständlich, dass sie nicht den vollen Teuerungsausgleich bezahlen. Enttäuschend ist auch die Chemiebranche, ich denke da an Roche, die nur individuelle Lohnerhöhungen beschlossen hat.

In anderen Branchen konnten die Gewerkschaften auch Erfolge erzielen?

Zum Beispiel im Gastgewerbe oder in der Uhrenindustrie gibt es den vollen Teuerungsausgleich. Noch sind nicht alle Lohnverhandlungen beendet, aber insgesamt werden wir eine Lohnerhöhung von 2,5 Prozent haben. Das ist nicht schlecht, bleibt aber ungenügend. Für viele Arbeitnehmende werden die Teuerung und die explodierenden Krankenkassenprämien einschneidend sein.

Es braucht jetzt im Minimum 4500 Franken im Monat für Ungerlernte und 5000 Franken im Monat für Arbeitnehmende mit Lehrabschluss. Und wichtig ist auch, dass in alle GAV der automatische Teuerungsausgleich aufgenommen wird.

Wichtige Weichen in diese Richtung haben wir bereits im vergangenen Frühling gestellt, als wir Sofort-

massnahmen zum Ausgleich der Teuerung gefordert haben. Wir hatten vorher über zehn Jahre kaum Teuerung, und viele Arbeitgeber waren daher nicht mehr bereit, ernsthaft über Lohnerhöhungen zu verhandeln. Dies wirkt sich bis heute in jenen Branchen aus, in denen nicht einmal die Teuerung ausgeglichen wurde. Daher wird die Erhöhung der Mindestlöhne auch 2023 eine zentrale Forderung bleiben.

Tiefe Löhne sind einschneidend bis ins Rentenalter. Frauen erhalten im Schnitt noch immer ein Drittel weniger Rente als Männer und müssen jetzt auch noch länger arbeiten. Wie geht es weiter nach dem Ja zu AHV 21?

Es ist sehr bedauerlich, dass wir die AHV-21-Abstimmung am 25. September so knapp verloren haben. Besonders für die betroffenen Frauen, die weniger Lohn haben, weniger Rente und jetzt auch noch ein Jahr länger arbeiten müssen. Dafür haben vor allem Menschen mit hohen Einkommen und mehrheitlich Männer gesorgt. Manche Befürworterinnen und Befürworter der Vorlage gaben zwar zu, dass es eine Diskriminierung gibt, aber AHV21 sei nicht der Moment, diese zu beseitigen. Das ist grotesk!

Der wahre Skandal liegt aber bei den bürgerlichen Politikerinnen und Politikern, die vor der Abstimmung gesagt haben, dass die Rentendiskriminierung der Frauen bei der Revision der zweiten Säule korrigiert werden solle. Ihre aktuellen Vorstösse im Parlament zeigen jetzt aber deutlich, dass das nichts als leere Versprechen waren. Sie wollen eine Revision auf dem Buckel der Menschen mit tiefen Einkommen, also insbesondere auf dem Buckel der Frauen. Wir werden sehr genau hinschauen, wie die Diskussion weitergeht. Wenn das Parlament die Vorlage nicht korrigiert, werden wir das Referendum ergreifen. Zudem haben wir eine Lösung parat, wie wir sofort 8,3 Prozent Rentenerhöhung erreichen könnten: mit der 13. AHV-Rente.

Frauen haben auch deshalb tiefere Renten, weil sie häufig Teilzeit arbeiten, um Kinder oder andere Angehörige zu betreuen...

...diese erzwungene Teilzeit der Frauen hat zwei Ursachen. Einerseits die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Andererseits gibt es aber auch Branchen, in denen die Frauen Teilzeit arbeiten, weil der Druck und der Stress zu hoch sind und sie krank macht. Zum Beispiel in der Pflege reduzieren viele ihr Pensum auf eigene Kosten.

Gerade in der Pflege ist die Situation ja dramatisch!

Monatlich verlassen 300 Pflegenden ihren Beruf, und trotzdem lässt die Umsetzung der Pflegeinitiative auf sich warten. Es braucht dringend eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, und die Arbeitszeitreduktion ist ein wichtiger Teil davon. Diese würde auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Österreich hat für Pflegeberufe und soziale Berufe bereits eine Arbeitszeitreduktion eingeführt.

Und in der Schweiz?

Das Spital Wetzikon hat es vorge-macht: Pflegenden auf Stationen mit Schichtarbeit haben dort neu eine 38-Stunden-Woche bei gleichbleibendem Lohn. Dieses Beispiel muss Schule machen. Bei den GAV-Verhandlungen der Uhrenindustrie for-

«Wir stehen allen Frauen zur Seite, die streiken wollen, ob im Detailhandel, in der Pflege oder in der Industrie.»

dern wir eine 36-Stunden-Woche bei gleichem Lohn, ohne weitere Arbeitsverdichtung und ohne Personalabbau.

Die Arbeitszeitreduktion wird bei allen Verhandlungen von Gesamtarbeitsverträgen zur zentralen Frage. Die Arbeitszeitreduktion ist auch bezahlbar. Zwischen 2015 und 2020 stieg die Produktivität um fast 8 Prozent, die Reallöhne hingegen nur um ungefähr 2,5 Prozent. Da hat es genügend Raum für eine Rückverteilung über mehr Freizeit.

Die Vorstösse der rechten Wirtschaftsfreundinnen und -freunde gehen jedoch in eine ganz andere Richtung.

Wir sind mit zahlreichen haarsträubenden parlamentarischen Vorstößen zur Deregulierung der Arbeitszeit konfrontiert. Das hat sich auch deutlich bei den Verhandlungen über den neuen Landesmantelvertrag im Bau gezeigt: Die Baumeister wollten die Wochenarbeitszeit auf 58 Stunden erhöhen. Zum Glück konnten wir das verhindern. Es ist aber wichtig, dass wir nicht nur abblocken, sondern auch in die Offensive gehen.

Welche Offensiven plant denn die Unia für 2023?

Wir wollen mit dem Frauenstreik die Gleichstellung und die Arbeitszeitreduktion voranbringen. Im Rahmen der GAV-Verhandlungen im Gewerbe, in der Uhrenindustrie und in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie stehen auch höhere Mindestlöhne im Fokus. Und mit der Initiative für eine 13. AHV-Rente wollen wir einen Schritt in Richtung existenzsichernde Renten machen.



UNIA-PRÄSIDENTIN VANIA ALLEVA: «Die Bürgerlichen wollen bei den Pensionskassenrenten eine Revision auf dem Buckel der Menschen mit tiefen Einkommen. Also insbesondere auf dem Buckel der Frauen.» FOTO: YOSHINO KUSANO

Baumeister stimmen für den neuen LMV Ja-Wort mit Misstönen

Auch die Baumeister haben dem neu verhandelten Landesmantelvertrag (LMV) zugestimmt. Einige Sektionen sind damit aber gar nicht glücklich.

JONAS KOMPOSCH

Seinetwegen flogen am Verhandlungstisch die Fetzen, und seinetwegen wurde vielerorts gestreikt. Jetzt ist er endlich unter Dach und Fach – der neue Landesmantelvertrag fürs Bauhauptgewerbe (LMV). Denn am 13. Januar haben in Bern rund hundert Delegierte des Schweizerischen Baumeisterverbands (SBV) getagt. Und die grosse Mehrheit von ihnen hat das von der Verbandsspitze und den Gewerkschaften vorgelegte LMV-Verhandlungsergebnis angenommen. Die Bauarbeiter-



EINE BAUSTELLE WENIGER: Mit dem neuen LMV sind die Löhne und Arbeitszeiten der Baubüezer gesichert. FOTO: ZVG

Delegierten hatten ihren Segen bereits im Dezember gegeben (work berichtete: rebrand.ly/baudiskussion). Damit gilt der Vertrag rückwirkend ab 1. Januar 2023 und bis Ende 2025. Beim Bundesrat wird demnächst die Allgemeinverbindlichkeit beantragt.

Entsprechend zufrieden äussert sich SBV-Präsident Gian-Luca Lardi in einer Medienmitteilung: «Der LMV 2023 sorgt in den nächsten drei Jahren für geregelte Marktverhältnisse. Er bringt Planungssicherheit und schützt vor Lohndumping.» Ende gut, alles gut also? Nicht ganz. Was die SBV-Mitteilung nämlich verschweigt: Lardi ist in seinem Verband nicht unbestritten. Einzelne Sektionen wollten lieber gar keinen als diesen Vertrag.

ABWEICHLER IM OSTEN

So sagt etwa Sepp Zimmermann, Präsident des Baumeisterverbands beider Appenzell, zu work: «Man hat gegenüber den Gewerkschaften zu fest nachgegeben.» Die

«Die grossen Baukonzerne wollten Ruhe im Stall.»

Mindestloohnerhöhungen um 100 Franken seien «zu hoch». Auch der neu zu 100 statt zu 80 Prozent bezahlte zweiwöchige Vaterschaftsurlaub geht den Appenzellern zu weit. Sie lehnten den LMV daher glatt ab.

Ein geschlossenes Nein kam auch aus dem Thurgau. Der dortige Baumeisterpräsident und SVP-Kantonsrat Mathias Tschanen erklärt: «Die nötige Flexibilisierung wurde nicht erreicht.» Und auch ihn stört die Anhebung aller Mindestlöhne. «Ein schwieriges Signal» findet Tschanen zudem die Verbesserung beim Vaterschaftsurlaub. «Da gehen wir schon zwei Jahre nach seiner Einführung weiter als das Bundesgesetz!»

Starke Opposition gab es auch aus der mächtigen SBV-Region Zürich-Schaffhausen. Andreas Ackeret vom Baumeisterverband Zürcher Oberland verrät: «Im Kanton Zürich hatten wir ein sehr knappes Resultat mit bloss etwa 55 Prozent Ja-Stimmen.» Im Oberland sei sogar eine Dreiviertelmehrheit gegen das Verhandlungsergebnis gewesen. Letztlich aber, erklärt KMÜler Ackeret, hätten sich «die Grossen aus Zürich» durchgesetzt, die auch Konzerne wie Implenia oder Walo. Denn: «Die wollen halt unbedingt Ruhe im Stall.»

Bürgerliche gleisen neues Steuergeschenk für Konzerne auf Die Tonnage-Steuer tönt nicht nur irr, sie ist es auch

Es ist wohl die absurdeste Steuergeschenk-Vorlage der an absurden Steuersenkungs-Vorlagen wahrlich nicht armen Legislatur. Immerhin ist diesmal der Name neckisch: Tonnage-Steuer.

CLEMENS STUDER

Der Genfersee hat von allen Seen die grösste auf Schweizer Gebiet liegende Fläche. Genau 345,31 Quadratkilometer. Das ist nicht nichts, aber für Hochseeschiffe trotzdem bloss eine bessere Badewanne. Darum fahren darauf auch keine. Trotzdem haben über zwanzig internationale Schifffahrtskonzerne in Genf zwar nicht ihre Schiffe, aber ihren Sitz. Mildes Steuerklima, viel Finanzindustrie. Darunter auch die Mediterranean Shipping Company (MSC) des Italo-Clans Aponte. Dieser hat es im vergangenen Jahr geschafft, sein Vermögen um 11 Milliarden Franken zu steigern, wie das Wirtschaftsmagazin «Bilanz» in seiner Reichsten-Nummer rapportierte. Die MSC ist aktuell die grösste Containerreederei der Welt. Der Kanton Genf war es denn auch, der sich am vehementesten für eine Tonnagesteuer aussprach, während die Mehrheit der Kantone dafür keine Notwendigkeit sah.

TONNAGE-STEUER - WAS?

Doch was versteckt sich eigentlich hinter der Tonnagesteuer? Schifffahrtsunternehmen mit Sitz in der Schweiz sollen nach Transportvolumen besteuert werden, nicht mehr nach Gewinn. Tönt nicht spektakulär, ist es aber nicht

Man stelle sich vor, Banken würden nicht ihren Gewinn versteuern, sondern das Volumen ihrer Tresore.

nur für Reedereien, sondern auch für Rohstoffhandelskonzerne. Die könnten quasi nach Belieben Gewinne in ihre Schifffahrtfirmen verschieben. Und ihre Steuern in den tiefen einstelligen Prozentbereich drücken. Ein Vergleich aus dem richtigen Leben: Es ist so, als würde eine Frau im Brocki ein grosses, altes Portemonnaie für 3 Franken kaufen, mit einer Zehnernote bezahlen und die 7 Franken Rückgeld ins neu erstandene Portemonnaie legen.



NECKISCH: Jedes Jahr vor Weihnachten stürzen sich Tausende Schwimmerinnen und Schwimmer in die eisigen Fluten des Genfersees. Noch irrer, aber weniger charmant ist die Tonnage-Steuer. FOTO: KEYSTONE

Und dann aufgrund der Grösse des Portemonnaies auf diesen 7 Franken mehr Steuern bezahlen müssen als ihr Bekannter, der 10 Tausendernoten kleingefaltet ins Gilet-Täschli steckt. Tönt nicht nur irr, ist es auch.

TRESORGRÖSSEN-STEUER

Das geht sogar der bürgerlichen und generell steuerfeindlichen NZZ zu weit. In einem Beitrag machte sie sich lustig über das «kuriose Steuerprivileg»: «Man stelle sich vor, Firmen in der Maschinenindustrie zahlen keine Gewinnsteuern mehr, sondern eine Pauschale pro Kilogramm Gewicht ihres Anlageparks. Und die Banken werden nach Volumen ihrer Tresore besteuert. Die Versicherungen nach der Länge ihrer Kundenlisten. Softwarefirmen nach der Länge ihrer Computerprogramme. Und die Medien nach der Zahl der publizierten Buchstaben.»

Tönt nicht nur irr, ist es auch.

WAS KOSTET DAS UNS?

Eines ist klar: Wenn die rechte Parlamentsmehrheit im Auftrag der Lobbyisten an Steu-

erforderungen bastelt, wird's für die Gering- und Normalverdienenden teuer. Zum Beispiel bei der Unternehmenssteuerreform II. Damals sprach der damalige FDP-Finanzminister Hans-Rudolf Merz von 50 Millionen Franken Steuerausfällen zugunsten von Garagisten und anderen KMU. Rausgekommen ist ein Milliarden Geschenk an die Konzerne. Sein unterdessen zurückgetretener SVP-Nachfolger Ueli Maurer macht es sich bei der Tonnagesteuer noch einfacher: «Die finanziellen Auswirkungen einer Tonnagesteuer können mangels statistischer Daten nicht verlässlich geschätzt werden. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden positiven Effekte auf den Standort Schweiz dürften allfällige Mindereinnahmen gering ausfallen.»

Tönt nicht nur irr, ist es auch.

WIE WEITER?

Das Geschäft kommt jetzt in den Ständerat. Für den Fall, dass auch dort die bürgerliche Mehrheit Ja sagt, hat die SP bereits das Referendum angekündigt.

In die Offensive gegen sexuelle Übergriffe im Gastgewerbe Beizer schauen weg, die Unia hin

Sexuelle Übergriffe durch Vorgesetzte, Kollegen und Gäste sind in der Gastronomie sehr häufig. Doch der Arbeitgeberverband Gastrosuisse will von nichts wissen.

CLEMENS STUDER

Um 25 Prozent zugenommen haben die Beratungsanfragen zu Fällen sexueller Belästigung bei der Fachstelle für Gleichberechtigung der Stadt Zürich in den vergangenen drei Jahren.

«Gastrosuisse verschliesst die Augen, was ein Hohn ist für alle Betroffenen.»

UNIA-GLEICHSTELLUNGSSEKRETÄRIN AUDE SPANG

Die meisten Anfragen würden aus der Pflege und der Gastronomie kommen, berichtet die Pendlerzeitung «20 Minuten». Eine Erfahrung, die auch die Unia macht. Gleichstellungssekretärin Aude Spang sagt: «Po-



PATZIGER PLATZER: Der Gastrosuisse-Chef will nichts von Übergriffen wissen. Anders die Unia-Frauen Aros (l.) und Spang (r.). FOTO: ZVG/KEYSTONE

tentielle Täter sind dort nicht nur Vorgesetzte und Arbeitskollegen, sondern auch Patienten beziehungsweise Gäste. Das macht die Situation noch viel schwieriger.»

GASTROSUISSE MAUERT

Keinerlei Problem sieht dagegen der Arbeitgeberverband Gastrosuisse. In der NZZ lässt er verlautbaren: «Im Bereich Gastronomie und Hotellerie sind uns keine Fälle bekannt. Es drängte sich auch kein Handlungsbedarf

auf.» Dazu Unia-Frau Spang: «Nur weil Gastrosuisse keine Fälle bekannt sind, heisst das nicht, dass es keinen Handlungsbedarf gibt. Gastrosuisse verschliesst die Augen, was ein Hohn ist für alle Betroffenen.»

UNIA-UMFRAGE LÄUFT

Auch weiterhin nicht die Augen verschliessen wird die Unia. Im Moment läuft eine grosse Umfrage. Die Genfer Unia-Frau Camila Aros sagt: «Wir werden dieses Jahr mit voller Power gegen

die sexuelle Belästigung im Gastgewerbe kämpfen. Ganz schlimm ist es in den Fast-Food-Ketten: Da arbeiten oft sehr junge Frauen, und viele Chefs denken, sie dürfen sich alles erlauben. Wir werden dieses Jahr mit ganzer Energie gegen die sexuelle Belästigung im Gastgewerbe kämpfen.»

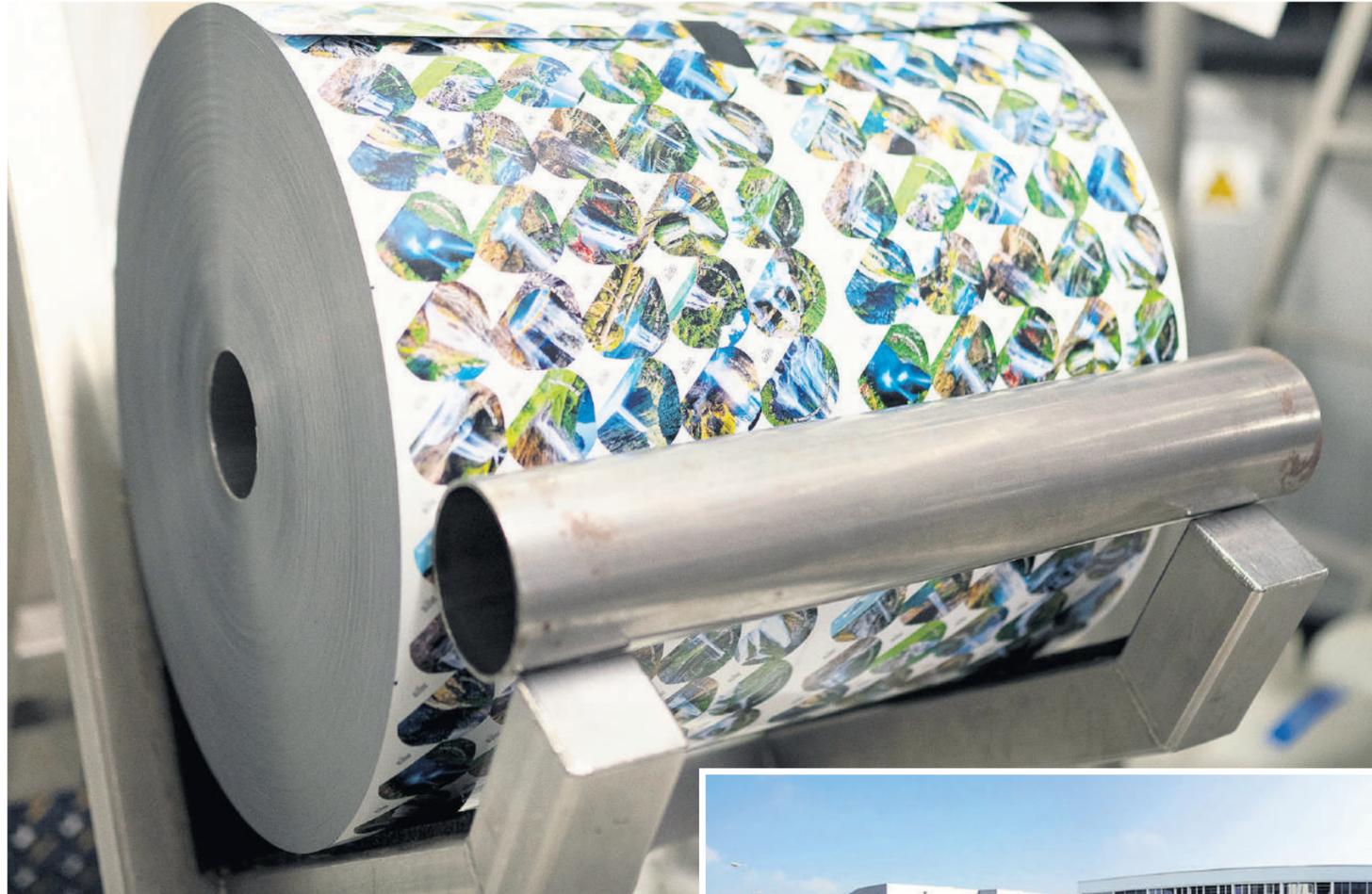
DIE «FRÖLEINS»

Viel erlaubte sich auch Bruno Lustenberger, der Ausbildungsverantwortliche der Gastrosuisse. Vergangenes Jahr fiel ihm zum Personalmangel in der Gastronomie ein: «Manch eine Hausfrau kann zu Hause schlecht kochen oder mehr schlecht als recht.» Darum wäre eine Kochlehre von grossem Vorteil, denn «wenn ein junges Frölein Kochen gelernt hat, kann es wenigstens zu Hause etwas kochen. Und wenn die Kinder aus dem Haus sind, kann sie wieder in den Beruf zurückkehren.»

Die 1950er Jahre wollen ihr Frauenbild zurück.

Geldnot bei Kaffirahmdeckeli-Hersteller Nyco in Kirchberg BE

Droht dem Deckeli-Druck das Aus?



VIELE BUNTE DECKELI: Doch wie lange können die Nyco-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter sie noch herstellen? FOTO: KEYSTONE

Die Verpackungs-firma Nyco aus dem Emmental kann ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen. Die 160 Mitarbeitenden bangen um ihre Jobs, bleiben aber optimistisch.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Das Traditionsunternehmen Nyco in Kirchberg BE produziert Verpackungen für Lebensmittel, konkret werden Folien bedruckt und beschichtet. Ihr bekanntestes Produkt sind Kaffeerahmdeckel. Doch bei der aktuellen Situation im Betrieb vergeht alle Lust auf einen Kafi crème. Das neue Jahr bringt den rund 160 Mitarbeitenden schlechte Nachrichten: Der Betrieb befindet sich in einer finanzieller Schiefelage. Das Geld reicht nicht mehr aus, um alle offenen Rechnungen zu bezahlen. Besonders für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bleibt vieles ungewiss. Doch ganz unerwartet kam die Misere nicht.

Corona und ein Dacheinsturz erschwerten die Produktion.

Bereits seit mehreren Monaten machen im Betrieb Gerüchte von Geldengpässen die Runde. Einige der Mitarbeitenden meldeten sich mit ihren Vermutungen bei der Unia. Der zuständige Gewerkschaftssekretär Ivan Kolak nahm daraufhin mit

der Chefetage von Nyco Kontakt auf. Er hatte von Anfang an ein schlechtes Bauchgefühl. Unia-Mann Kolak sagt: «Zwischen den Zeilen konnte man schon erahnen, dass etwas im Betrieb los ist.»

RECHNUNGEN AUF EIS GELEGT

Gegen Ende des Jahres überschlugen sich die Ereignisse: Bereits am 30. Dezember 2022 gewährte das Regionalgericht Burgdorf eine sogenannte provisorische Nachlassstundung. Heisst: Sämtliche offenen Rechnungen der Firma wurden bis im April 2023 auf Eis gelegt. Der Betrieb läuft wie gewohnt weiter, auch sämtliche Löhne werden weiterhin pünktlich ausbezahlt. Am 3. Januar wurden die Mitarbeitenden über die Nachlassstundung informiert, seither ist die Stimmung in der Firma getrübt. «Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befinden sich in einer Schockstarre, es herrscht aber weiterhin Optimismus», sagt Kolak

Während einige Angst um ihre Stelle haben, hegen dennoch viele Hoffnung. Nyco-Arbeiter Jan Gall: «Im Betrieb ist die Stimmung komisch, aber wir arbeiten wie gewohnt weiter.» Erst im vergangenen Februar wurde die Firma von Fair Cap aufgekauft (siehe Box). Wie die «Berner Zeitung» berichtet, war Nyco laut dem neuen Besitzer bereits zu diesem Zeitpunkt in einer «Verlustsituation». Die Corona-Pandemie sowie ein eingestürztes Dach nach einem starken Gewit-



TRADITIONSBETRIEB: Der Verpackungshersteller Nyco wurde 1890 gegründet und ist einer der wichtigsten Arbeitgeber im Emmental. FOTO: PD

ter im August 2022 erschwerten die Produktion und führten zu finanziellen Einbussen.

Die Firma gehört zu den wichtigsten Arbeitgeberinnen in Kirchberg BE. Viele der Angestellten arbeiten als Drucktechnologin und -technolog. Auch einige Hilfskräfte ohne Ausbildung werden bei der Verpackungsfirma beschäftigt. Gearbeitet wird rund um die Uhr in drei Schichten – Frühlingschicht, Abendschicht und Nachtschicht.

MUTIGE MITARBEITENDE

Laut Unia-Mann Kolak braucht es jetzt rasch neue Investoren oder Käuferinnen. Auch hier muss die Gewerkschaft am Ball bleiben: «Weil sich die Firma in einer finanziellen Notlage befindet, findet kein gewöhnlicher Betriebsübergang statt. Umso wichtiger ist es deshalb, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen»

Was mit den Überstunden und Ferien der Angestellten bei einer Übernahme passiert, ist ungewiss. Bis eine Lösung auf dem Tisch liegt, kann es noch Wochen oder Monate dauern. So lange müssen die Mitarbeitenden Geduld haben.

Doch die Unia wartet nicht ab, viele der Nyco-Beschäftigten sind schon länger Gewerkschaftsmitglieder. Einige hat auch die aktuelle Unsicherheit im Betrieb dazu bewogen, der Gewerkschaft beizutreten. «Aktuell sind etwa ein Drittel der Belegschaft bei uns Mitglieder – Tendenz steigend», sagt Unia-Mann Kolak.

* Name geändert

Trotz Mega-Boom: **Syngenta knausert bei Löhnen**

Im Wallis droht über 900 Mitarbeitenden von Syngenta ein herber Lohnverlust. Nun haben sie die Unia eingeschaltet.

JONAS KOMPOSCH

Bei Syngenta läuft's wie geschmiert. Der Gruppenumsatz des Pestizid- und Saatgutriesen war 2021 mit 28,2 Milliarden Dollar der höchste seit der Konzerngründung im Jahr 2000. Und das dürfte die neuste Bilanz sogar noch toppen. So zeigen die bisher bekannten Zahlen von 2022: Schon in den ersten neun Monaten belief sich der Umsatz auf 25,9 Milliarden Dollar. Das entspricht einem Zuwachs von 24 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Angesichts solcher Rekorde lässt das



SYNGENTAS GOLDGRUBE: Im Walliser Werk stellen die Mitarbeitenden immer neue Produktionsrekorde auf. FOTO: KEY

Management in Basel die Korken knallen – und die Eigentümer in Schanghai erst recht.

Gar nicht in Feierlaune sind dagegen die über 900 Mitarbeitenden im Chemiewerk von Monthey VS, dem weltgrössten Produktionsstandort von Syngenta. Ihnen hat der Konzern bisher nämlich keinen Rappen Lohnerhöhung zugesichert. Nicht einmal die historisch hohe Jahresteuern von fast 3 Prozent will das Unternehmen ausgleichen. Dies ist der Stand nach ganzen sechs Verhandlungsrunden mit der Personalkommission (Peko). Ausgerechnet im Rekord-Boom sollen also jene, die diesen ermöglicht haben, Reallohneinbussen schlucken.

BELEGSCHAFT «ERNIEDRIGT»

Blaise Carron, Regionalleiter der Unia Unterwallis, hat für diese Haltung kein Verständnis. Zumal

2021 machte der Konzern 28,2 Milliarden Dollar Umsatz.

am Standort Monthey eine jahrzehntelange Sozialpartnerschaft und ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) bestehe. Dieser sei erst kürzlich verbessert worden. «Dieser Schwung ist jetzt gebrochen», sagt Carron. Unverständlich sei Syngentas Haltung noch aus einem weiteren Grund: «Die Mitarbeitenden in Monthey stellen Jahr für Jahr neue Produktionsrekorde auf. Sogar während der Corona-Pandemie war das so!» Doch anstatt diese Leistungen zu honorieren, habe sich Syngenta offenbar fürs Gegenteil entschieden, nämlich «die Belegschaft zu erniedrigen». Daher sei es nur korrekt, dass die Peko die Verhandlungsführung nun der Gewerkschaft übertragen habe.

Am 25. Januar ist die nächste Sitzung. Dann wird sich zeigen, ob das Management vom eingeschlagenen Kurs abweicht. Unia-Mann Carron warnt: «Sollten die Verhandlungen zwischen den GAV-Parteien ebenfalls scheitern, würde die Friedenspflicht hinfällig.» Kommt es bei Syngenta also bald zu Protesten? Oder sogar zum Streik? Carron sagt: «Ich bin überzeugt, dass die Geschäftsleitung letztlich einlenken wird und wir eine für beide Seiten zufriedenstellende Vereinbarung treffen können.»

Die Gewerkschaft sei nahe dabei und behalte die Entwicklungen genaustens im Blick. Kolak: «Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen in solchen unsicheren Zeiten viel Durchhaltevermögen und Mut.»

Nyco: Schon fünf Mal weitergereicht

Die Verpackungsfirma Nyco gibt es bereits seit über 130 Jahren. Gegründet im Jahr 1890 als Aluminiumwalzwerk Nyffeler & Corti, etablierte sich das Familienunternehmen als wichtige Arbeitgeberin in Kirchberg BE. Später kommt der Betrieb in US-amerikanische Hände: Im Jahr 1966 erwirbt die Firma Kaiser Aluminium das Unternehmen im Emmental. Doch die US-Amerikaner bleiben nicht lange. Bereits 1989 kaufte die niederländische Hoogovens-Gruppe die Verpackungsfirma. Und nur fünf Jahre später folgt der nächste Wechsel: Die niederländische Clondaklin Group erwirbt den Betrieb im beschaulichen Kirchberg.

GESCHRUMPT. Während der ganzen Verkäufe schrumpft auch die Belegschaft: Die Stellen reduzieren sich von 300 um rund die Hälfte. Im vergangenen Februar wurde Nyco schliesslich von der deutschen Beteiligungsgesellschaft Fair Cap aufgekauft. Der Umsatz von Fair Cap liegt jährlich bei bis zu 200 Millionen Euro. Mit einem Jahresumsatz von 45 Millionen ist Nyco das grösste Unternehmen der Gruppe. (dak)

Spanien Weniger Müllverträge

«Ein grosser Sieg», war der Titel dieser Kolumne vor einem Jahr, als die spanische Arbeitsministerin Yolanda Díaz ihre Arbeitsgesetzrevision im Parlament durchbrachte. Das war gewagtes Lob, denn es mangelte nicht an Kritik. Der konservative Partido Popular (PP) prophezeite Job-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

verluste, weil die «unternehmerische Freiheit» beschränkt werde. Für einige Linke und Autonomisten war die Reform ein Papiertiger. Ein Jahr später wissen wir: Die Reform

Eine Pflegerin hatte innert weniger Jahre über 400 Anstellungen, viele für nur einen Tag.

war ein grosser Erfolg. Es gibt eine halbe Million mehr Jobs und weniger Prekarität. «Selbst die grössten Optimisten hatten sich nicht so positive Effekte erhofft», schreibt die bürgerliche Zeitung «El Mundo».

TAGLÖHNEREI. Spanien hatte bis 2021 den prekärsten Arbeitsmarkt Europas. Millionen Menschen hatten nur kurzfristige Anstellungen. Selbst die NZZ empörte das Beispiel einer Pflegerin, die innert weniger Jahre über 400 Anstellungen hatte, 270 davon dauerten nur einen Tag! «Contratos basura», Müllverträge, nennen dies die Spanierinnen und Spanier.

In den letzten Jahren hatten über 30 Prozent aller Lohnabhängigen nur befristete Jobs. Jetzt sind es noch halb so viele. Zwei Millionen Arbeitende mehr haben mittlerweile eine Festanstellung. Am meisten profitiert haben die Jungen. Von den 20- bis 25-jährigen haben jetzt 75 Prozent eine feste Stelle, vorher waren es nur 40 Prozent.

Am stärksten zurückgegangen sind die befristeten Verträge im Bau- und im Gastgewerbe. Die meisten waren hier früher nur für ein bestimmtes Bauprojekt oder für eine Saison angestellt. Jetzt gibt es die «unbefristet-diskontinuierlichen» Anstellungen: Der Arbeitsvertrag bleibt in Zeiten mit wenig Arbeit bestehen, aber mit kleineren Pensen und mit Kurzarbeit.

RE-REGULIERUNG. Die unbefristete Anstellung ist jetzt der Normalfall, die befristete die Ausnahme, die begründet werden muss. Und Politikerin Díaz hat bereits den nächsten Vorstoss parat: Arbeitgeber, die Neugestellte länger als drei Jahre behalten, sollen einen Bonus erhalten. Denn je länger Mitarbeitende im gleichen Betrieb sind, desto besser ist der Schutz vor Kündigungen. Das ist ein zentraler Grund, warum die Padrones bisher auf kurzfristige Jobs setzten.

Eine Re-Regulierung der verwilderten Arbeitsmärkte ist möglich. Alles hängt von der Politik ab. Manuel Rajoy, Spaniens rechter Ex-Ministerpräsident, hatte das Arbeitsrecht dereguliert. So wie heute die reaktionäre Regierung von Giorgia Meloni Italiens Arbeitsmarkt noch prekärer macht. Die linke Díaz hat dagegen erfolgreich re-reguliert.

Uber-Leaks: Geheimdeals mit Schweizer Regierungsvertretern Ubers freisinnige Helfershelfer

Trotz illegalem Geschäftsmodell konnte sich Uber in der Schweiz festsetzen. Jetzt zeigen Dokumente: Der US-Konzern suchte diskret nach einflussreichen Helfern. Und fand sie vor allem bei der FDP.

CHRISTIAN EGG

Die Uber-Manager waren positiv überrascht. Der Genfer Regierungsrat Pierre Maudet habe «nicht reagiert wie erwartet», schreibt Steve Salom, damals Uber-Chef für die Westschweiz, in einem internen Bericht. Zwar könne der FDP-Mann «rechtlich gesehen» den Dumping-Taxidienst stoppen. Aber Salom schreibt erleichtert: «Es kümmert ihn wenig, ob wir weitermachen, solange er den Taxis zeigen kann, dass er alles tat, was er konnte.»

Es ist Mai 2015. Überrascht ist Salom, der später zum Uber-Generalmanager Frankreich-Österreich-Schweiz aufsteigen wird, weil Sicherheits- und Wirtschaftsdirektor Maudet nur zwei Wochen vor dem Treffen den Fahrdienst öffentlich scharf kritisiert hat. Schon zuvor hatte das Arbeitsinspektorat Uber per sofort verboten und mit 35 000 Franken gebüsst. Uber focht das Verbot an. Eine Bewilligung, wie sie das Genfer Taxigesetz vorschreibt, hat und will Uber nicht.

Doch hinter verschlossenen Türen lässt Maudet die Uber-Chefs offensichtlich wissen, er lasse sie gewähren. Stellt sogar in Aussicht, ihnen im neuen Taxigesetz entgegenzukommen. Diese freuen sich über den «Deal», schreiben sie mehrfach. Zu Recht. Denn obwohl kurz darauf ein Genfer Gericht das Uber-Verbot stützt, wird es nie durchgesetzt. Und 2017 tritt das neue Ge-

Pikant: Maudet wollte Treffen geheimhalten

Die beiden FDP-Männer Pierre Maudet und Fathi Derder reagierten gegenüber den Tamedia-Zeitungen unterschiedlich auf die «Uber Files». Derder sagt, keiner seiner Vorstösse sei mit Uber oder dessen Beratern vorbesprochen gewesen. Maudet, unterdessen aus der FDP ausgeschlossen und vom Bundesgericht wegen Korruption verurteilt, will sich mit Verweis auf das Amtsgeheimnis nicht äussern.

TAXI-STREIK VERHINDERN. Laut Notiz eines Uber-Vertreters wollte Maudet das Treffen von 2015 unter dem Deckel halten. Er habe «uns gebeten, in den Medien nichts zu sagen, um die Taxis von einem Streik abzuhalten». Im April sind Wahlen in Genf. Maudet will wieder für den Regierungsrat kandidieren. (che)



DOPPELTES SPIEL: Öffentlich kritisierte der damalige FDP-Regierungsrat Pierre Maudet Uber scharf. Innsheim liess er den Dumpingdienst jedoch gewähren. FOTOS: KEYSTONE, MONTAGE: WORK

setz in Kraft: Eine Bewilligung ist jetzt nicht mehr nötig. Fast fünf Jahre lang kann sich Uber in Genf ungestört etablieren. Erst 2019 verbietet Regierungsrat Mauro Poggia (MCG), der das Dossier vom mittlerweile entmachteten Maudet übernommen hat, den Fahrdienst erneut – ein Entscheid, den das Bundesgericht letztes Jahr endgültig bestätigte (rebrand.ly/rotekarte).

BLICK HINTER DIE KULISSEN

Maudets Rolle geht aus 124 000 internen Dokumenten aus den Jahren 2013 bis 2017 hervor. Bereits letzten Sommer zeigten diese «Uber Files» das gigantische Lobbying, mit dem es dem Konzern gelang, sein vielerorts illegales Geschäftsmodell weltweit zu etablieren (rebrand.ly/uberfiles). Auch die Tamedia-Zeitungen erhielten Zugriff auf die Dokumente und zeichnen jetzt nach, wie Uber in der Schweiz hinter den Kulis-

«Jedes reiche Unternehmen kann sagen: Ich bin mit eurer Demokratie nicht einverstanden, also tue ich, was ich will.»

MARK MACGANN, EHEMALIGER UBER-MANAGER

sen operierte. Demnach klopfte Uber bei über 30 Politikerinnen und Politikern aller Parteien an, vom Gemeinderat bis zum Ständerat. Geradezu auf Begeisterung stiessen die Lobbyisten bei einem weiteren FDP-Mann, dem damaligen

Waadtländer Nationalrat Fathi Derder. Uber-Mann Salom trifft ihn im Oktober 2014. Und nur zehn Tage danach veröffentlicht Derder, auch als Journalist tätig, in der Wirtschaftszeitung «L'Agefi» eine wahre Lobeshymne auf den umstrittenen Taxidienst. Später reicht Derder im Nationalrat mehrere Vorstösse im Sinn von Uber ein. Uber-Mann Salom rapportiert, der FDP-Politiker freue sich, «uns auf alle möglichen Arten zu unterstützen».

EIN FEIND DER DEMOKRATIE

Die Dokumente stammen vom ehemaligen Uber-Cheflobbyisten für Europa, Mark MacGann. Nach seinem Ausstieg wurde er zum Whistleblower. Im Interview mit der «Sonntagszeitung» kritisiert er heute das Vorgehen als demokratiefeindlich: «Wir haben gesagt: Diese Gesetze passen nicht zu unserem Geschäftsmodell. Wir ignorieren sie jetzt einfach. Unser Motto war: Es ist profitabler, sich später zu entschuldigen als vorher zu fragen, ob wir dürfen. Wenn man das zu Ende denkt, kann jedes reiche Unternehmen sagen: Ich bin mit eurer Demokratie nicht einverstanden, also werde ich tun, was ich will.»

Bis heute weigert sich Uber weitgehend, für die Fahrerinnen und Fahrer Beiträge an die Sozialversicherungen zu zahlen. Dazu der Whistleblower: «Das war mit unserem Geschäftsmodell von Anfang an nicht finanzierbar. Also haben wir beschlossen, diese Lasten auf die Fahrer abzuwälzen.»

Lobbyisten: Für Uber, Kampfflugzeuge, Stromriesen und Spionage

Die «Uber Files» geben einen Einblick, wie weit Lobbying in der Schweiz geht. Und damit ins Vorgehen von Agenturen, die im Verborgenen die Fäden ziehen und so ihr Geld verdienen.

Bereits kurz nach dem Start in der Schweiz engagiert Uber die einflussreiche PR-Firma Hirzel Neef Schmid, erfahrene Strippenzieherin mit direktem Draht zu den Schaltzentralen der Macht. Ihr Tun wird nur in Ausnahmefällen bekannt. Vor rund zehn Jahren lobbyierte sie im Bundeshaus erfolgreich für den Kampfjet Gripen, obwohl die Konkurrenz überlegen war. Die Bruchlandung erfolgte erst beim Volks-Nein an der Urne.

2016 gelangte ein vertraulicher Plan an die Öffentlichkeit, die unrentablen AKW Gösgen und Leibstadt dem Staat zu überbür-



PR-COUP: Seinen Höhenflug verdankte der Gripen gewieften Lobbyisten. FOTO: TUOMO SALONEN / SIM

den. Das detaillierte Drehbuch verfasst hatte ein Lobbyist von Hirzel Neef Schmid im Auftrag des Stromriesen Alpiq.

INGEFÄDEL. Für Uber wird die Agentur erstmals im Sommer 2014 tätig, als ein erstes kritisches Postulat zu neuen Online-diensten wie Uber beim Bundesrat eingeht. Flugs fädelt sie ein Treffen mit dem Generalsekretär des Finanzdepartements ein. Und tatsächlich: Eine Woche später

schreibt der Bundesrat als Antwort auf das Postulat, es gebe keinen Handlungsbedarf.

Doch bald will Uber noch mehr. Man stuft die Lobby-Agentur als zu wenig aggressiv ein und wechselt zum Konkurrenten Farner Consulting. Dieser steht bis heute im Dienst von Uber. Farner gilt als inoffizielle Hausagentur der FDP – und als die Lieblings-Lobbyfirma der Rüstungsindustrie. 2009 liess die WOZ einen mutmasslichen Spionageeinsatz gegen die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) aufklären: Eine Frau hatte an Strategiesitzungen der GSoA teilgenommen und Notizen gemacht, ohne mitzuteilen, dass sie Farner-Mitarbeiterin war.

AUFGEFLOGEN. Für Uber öffnen die Lobbyisten von Hirzel Neef Schmid und Farner Tür um Tür. Die «Uber Files» belegen Kontakte auf hoher Ebene zu weiteren Bun-

desämtern und zum Seco, zu Professoren und einem hochrangigen Polizisten. Dafür zahlt Uber bis zu 500 Franken pro Stunde.

Die PR-Firmen helfen Uber, Gesetze zu umgehen und Gerichte lahmzulegen.

Allein im Juli 2014 überweist der Taxidienst rund 30 000 Franken an Hirzel Neef Schmid.

Klar wird auch: Die Lobbyisten unterstützen Uber darin, Gesetze zu umgehen und Gerichte lahmzulegen. 2014 skizziert ein Berater die Strategie so: Ziel sei es, die «Durchsetzung» des Rechts zu «stoppen». Man sei gewillt, jede Entscheidung «zu bekämpfen, was zu einer enormen Belastung der Behörden führen wird». Heute wissen wir: Genau dies hat Uber getan und tut es weiter. (che)



KÜRZUNGEN KOSTEN LEBEN: Grossbritanniens Pflegerinnen streiken für mehr Lohn und gegen die prekäre Lage des Gesundheitssystems.

FOTO: GETTY

Grossbritannien: Das Gesundheitswesen steht vor dem Kollaps

Ein Kampf um Leben und Löhne

Die grassierende Inflation stürzt Grossbritannien in die Krise. Besonders dramatisch ist die Lage in den Spitälern und beim Notfalldienst. Doch statt auf Lohnerhöhungen setzt Premier Rishi Sunak auf Konfrontation.

PETER STÄUBER, LONDON

Für die Britinnen und Briten gehört ein Blick in den Streikkalender in diesem Winter zur täglichen Routine. Kann ich mit dem Zug zur Arbeit, oder streiken die Eisenbahner gerade? Ist mit einer Postlieferung zu rechnen, oder legen die Pöstlerinnen heute die Arbeit nieder? Kann ich die Ambulanz rufen, oder sind die Rettungssanitäter im Ausstand?

Die grosse britische Streikwelle, die im Sommer begann (work berichtete: [rebrand.ly/streikwellen-reiter](https://www.nzz.ch/rebrand.ly/streikwellen-reiter)), rollt ungebremst weiter.

«Wenn wir da sind, sind die Patienten schon tot.»

SANITÄTER DAVE ROBB

Inmitten der schlimmsten Krise der Lebenshaltungskosten – vor allem ausgelöst durch extrem hohe Preise für Strom und Gas – ist eine breite, sektorübergreifende Bewegung für angemessene Löhne entstanden. Auf ihrem bisherigen Höhepunkt im Dezember, so schätzen Expertinnen und Experten, konnten eine Million Streiktage gezählt werden – das wäre der stärkste Streikmonat seit dreissig Jahren. Mit dabei: Stellwerker, Putzpersonal, Anwältinnen, Zugführer, Grenzbeamtinnen, Fahrprüfer und viele mehr.

130 000 MITARBEITENDE FEHLEN

Zuletzt sorgten vor allem Mitarbeitende des staatlichen Gesundheitsdiensts NHS für Wirbel. Zum ersten Mal überhaupt haben sich die Pflegenden vom Berufsverband Royal College of Nursing (RCN) entschlossen, in

den Ausstand zu treten. Die offerierte Lohnerhöhung von 4 bis 5 Prozent sei schlichtweg zu mager, sagen sie. Im Dezember und im Januar streikten zudem rund 20 000 Rettungssanitäterinnen und -sanitäter.

Den NHS-Angestellten geht es nicht nur um ihre eigenen Löhne, sondern ums Überleben des gesamten Gesundheitsdiensts. Die miese Bezahlung, der Stress und die Überarbeitung führen dazu, dass in den zwölf Monaten bis Juni 2022 zehn Prozent der Rettungssanitäter den NHS verliessen. Die Fachkräfte fehlen an allen Ecken und Enden: Im gesamten NHS fehlen über 130 000 Mitarbeitende, in der Pflege sind fast zwölf Prozent der Stellen frei.

Der Personal-mangel hat dramatische Folgen, zum Beispiel im Notfalldienst. Heute braucht eine Ambulanz im Durchschnitt doppelt so lange wie vor zwei Jahren, um zu den Patientinnen und Patienten zu gelangen. In jenen Fällen, wo Lebensgefahr besteht, sollte der Rettungsdienst innerhalb von 7 Minuten vor Ort sein – aber heute dauert es im Durchschnitt fast 10 Minuten. Dave Robb, der im Notfalldienst im Nordwesten Englands arbeitet, sagte dem britische Sender BBC: «Uns fehlen Fahrzeuge und Mitarbeitende, und wir werden so oft gerufen, dass wir zu spät ankommen. Wenn wir da sind, sind die Patienten schon tot.» Solch desolate Zustände ziehen sich durch den gesamten NHS – von der Krankenpflege in den Spitälern bis zu Routineoperationen, wo die Wartelisten so lange sind wie noch nie zuvor. Der Gesundheitsdienst steht kurz vor dem Kollaps.

ANTI-STREIK-GESETZ

Aber die Regierung bleibt uneinsichtig. Eine Lohnerhöhung könne sich das Land nicht leisten, heisst es. Stattdessen geht der konservative Premierminister Rishi Sunak auf Konfrontation. Die Regierung brachte eine Gesetzesvorlage ins Parlament, die künftige Streiks empfindlich schwächen würde. Das

Anti-Streik-Gesetz würde vorschreiben, dass bei Streiks in Sektoren wie dem Transport- und Gesundheitswesen eine bestimmte Zahl von Mitarbeitenden weiterhin arbeiten müssten. Betroffen wären die Eisenbahn, der Rettungsdienst und die Feuerwehr. Wenn ein Minimalbetrieb nicht beibehalten werden kann, droht den Mitarbeitenden die Entlassung. In anderen Bereichen, etwa bei den Lehrerinnen und Lehrern, hofft die Regierung, zu einer «vernünftigen und freiwilligen Einigung» über einen solchen minimalen Grundbetrieb zu kommen – sollte dies jedoch nicht gelingen, könnte sie die Regierung einfach dazu zwingen.

Premierminister Sunak argumentiert, dass die Vorlage den Zweck habe, für die öffentliche Sicherheit zu sorgen. Die Gewerkschaften sind entrüstet. Mick Lynch, Generalsekretär der Transportgewerkschaft RMT, stellt klar: «Dies ist ein Angriff auf unsere Menschen- und Bürgerrechte, und wir werden Widerstand leisten in den Gerichten, im Parlament und an unseren Arbeitsorten.» Die Labour-Partei hat der Vorlage den Spitznamen «Feuert-die-Pfleger-Gesetz» gegeben.

GROSSE STREIK-ZUSTIMMUNG

Noch hält die Regierung an ihrer kompromisslosen Haltung fest und schliesst Lohnverhandlungen aus. Was ihr jedoch Sorgen bereiten dürfte: Bei der Öffentlichkeit stossen insbesondere die streikenden NHS-Mitarbeitenden weiterhin auf viel Zustimmung. Eine neuere Umfrage zeigt, dass 60 Prozent der Bevölkerung den Ausstand der Pflegenden unterstützen. Die Hälfte findet, die Regierung sollte deren Löhne erhöhen, nur 23 Prozent sind dagegen.

Wie geht es weiter? Es gibt kaum Hinweise, dass den Streikenden die Luft ausgeht. Die Pflegenden streikten bereits auch im neuen Jahr, und die Rettungsfahrerinnen und -fahrer werden am 23. Januar ihren dritten Streiktag abhalten. Zudem sind weitere Ausstände von Busfahrern geplant. Und immer mehr Lohnabhängige stossen hinzu: Mehrere Hunderttausend Lehrerinnen und Lehrer in England und Wales stimmten für den Streik, mit einer überwältigenden Mehrheit von über 90 Prozent. Der erste von mehreren Streiktagen ist der 1. Februar.



la suisse existe
Jean Ziegler

DIE GRATWANDERUNG DER SCHWEIZ

Seit dem 1. Januar ist die Schweiz für zwei Jahre Mitglied des Uno-Sicherheitsrates, der Weltregierung. Vertreten wird sie von der hochkompetenten Pascale Baeriswyl, einer 54jährigen Basler Sozialdemokratin, ehemaligen Staatssekretärin und heutigen Uno-Botschafterin in New York.

Im Uno-Wolkenkratzer am East River tagt der Sicherheitsrat in einem – verglichen mit dem

SVP-Präsident Marco Chiesa versuchte, die eidgenössische Kandidatur für den Uno-Sicherheitsrat zu stoppen. Erfolglos.

pompösen Saal der Generalversammlung – ziemlich bescheidenen Raum. Er ist durch einen eigenen Sicherheitsdienst

geschützt, der den Raum zu einer schwer zugänglichen Enklave im riesigen Uno-Gebäude macht. Ich war acht Jahre lang Uno-Sonderberichterstatte für das Recht auf Nahrung. Nie habe ich die Enklave betreten ohne Ehrfurcht und eine gewisse Scheu.

Die Präsidentschaft des Sicherheitsrats üben die 15 Mitgliedstaaten im Turnus aus. Die Schweiz leitet den Rat während zweier Sessions im kommenden Mai und im Oktober 2024.

ENTSCHEIDENDE INNENPOLITIK. Erfolg oder Misserfolg der schweizerischen Präsenz im Rat hängen weitgehend vom Durchsetzungswillen des amtierenden EDA-Chefs Ignazio Cassis ab. Die wichtigsten Schlachten werden demnach innenpolitisch ausgetragen. Seit es Micheline Calmy-Rey vor über zehn Jahren als damalige Aussenministerin gelang, den Bundesrat von der Kandidatur für den Sicherheitsrat zu überzeugen, läuft die SVP dagegen Sturm. Gegen den Uno-Beitritt kämpfte die Partei bereits 2002. Und beinahe hätte sie gewonnen: Das Ständemehr wurde nur dank einem Halbkanton erreicht. Noch im letzten Jahr verlangte SVP-Präsident Marco Chiesa eine Sondersession des Parlaments, um die eidgenössische Ratskandidatur zu stoppen. Glücklicherweise erfolglos. Der innenpolitische Kampf wird weitergehen. Wahrscheinlich intensiver noch als bisher.

Ein wesentliches Feld der schweizerischen Aussenpolitik sind die Guten Dienste. So vertritt die Schweiz die iranischen Interessen in Washington und jene der USA in Teheran, die iranischen Interessen in Saudiarabien und die Interessen Russlands in Georgien. Marco Chiesa sieht in der Mitgliedschaft im Sicherheitsrat eine augenfällige Verletzung der Neutralität und damit eine Gefahr für diese Guten Dienste. Diese Sorge ist völlig unbegründet, weil das Schweizer diplomatische Engagement zuerst und vor allem den Interessen der Staaten nützt, denen sie dient. Eine weitere SVP-Behauptung: Die Schweiz riskiere, in blutige Kriege verwickelt zu werden, weil sie sich gegebenenfalls an Blauhelm-Truppen beteiligen müsse. Auch das ist unbegründet. Denn die Uno-Charta sieht kein Obligatorium vor. Ein Staat stellt Soldaten für die Blauhelme nur nach freiem Willen ab.

UNSERE VERANTWORTUNG. Kurz: Friedenssicherung ist die vorrangige Aufgabe des Uno-Sicherheitsrates. Dafür verantwortlich ist auch unser Volk. Der Erfolg der Schweizer Mitgliedschaft in dieser Weltregierung hängt deshalb entscheidend von der Unterstützung der Öffentlichkeit ab, also von jeder und jedem von uns.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam letzten Frühling als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Endlich ist es so weit:

Mindestlohn für alle Temporären

Wer in der Industrie temporär arbeitete, erhielt bisher oft einen miserablen Lohn. Jetzt ist Schluss damit: Seit Anfang Jahr müssen sich alle Firmen an die GAV-Mindestlöhne halten.

CHRISTIAN EGG

15 Franken pro Stunde oder noch weniger. Immer wieder stellte die Unia fest, dass Temporärfirmen ihren Arbeiterinnen und Arbeitern in der Industrie solche Tiefstlöhne zahlten. Das Problem: Zwar gilt im Personalverleih ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) mit Mindestlöhnen. Doch von diesem waren bisher fast alle Bereiche der Industrie sowie der öffentliche Verkehr ausge-

In der Industrie verdienen Temporäre bisher teilweise 15 Franken pro Stunde oder noch weniger.

nommen. Und damit fast die Hälfte aller Temporären.

Jetzt nicht mehr. Seit Anfang Jahr sind sämtliche Ausnahmen Geschichte. Unia-Vizepräsidentin Véronique Polito schätzt, dass damit der Geltungsbereich der Mindestlöhne mit einem Schlag um rund 80 000 Arbeitnehmende ansteigt: «Das ist ein Meilenstein!»

ERHÖHT. Schon vor gut zwei Jahren haben die Gewerkschaften diesen Fortschritt in zähen Verhandlungen erreicht (work berichtete: rebrand.ly/temp-gav). Jetzt ist er in



LOHNSPRUNG: Rund 80 000 Temporärarbeitende profitieren neu vom GAV-Mindestlohn. SYMBOLBILD: KEY

Kraft getreten. Zusammen mit höheren Mindestlöhnen. Derjenige für Temporärmitarbeitende mit Lehrabschluss liegt neu bei 25.90 Franken in Hochlohngebieten, im Rest der Schweiz bei 24.25, im Tessin bei 22.55 jeweils plus 13. Monatslohn, Ferien und Feiertage). Diese Untergrenzen gelten für alle, die in einen Betrieb ohne GAV verliehen werden.

ERWEITERT. In Branchen mit einem allgemeinverbindlichen GAV haben Temporäre schon jetzt einen Anspruch auf die dortigen Mindestlöhne. Das gilt auch bei Firmen- und Branchenverträgen, die nicht allgemeinverbindlich sind, sofern sie im Anhang zum Temporär-GAV aufgelistet sind. Hier gibt es eine weitere Neuerung, dank der noch mehr Menschen von Mindestlöhnen profitieren. Denn nachdem sich die Arbeitgeber jahrelang geweigert haben, diesen Anhang zu erweitern, ist es jetzt gelungen, gleich elf neue Firmen- und Branchenverträge aufzunehmen. Der Bundesrat hat die neue Liste ebenfalls auf Anfang 2023 für allgemeinverbindlich erklärt. Neu aufgeführt sind etwa der wichtige Vertrag der Maschinen- und Metallindustrie, der Deutschschweizer Uhren-GAV und vier kantonale Verträge im Gesundheits- und Sozialwesen. Das ist ein Vorteil für Temporäre in diesen Betrieben. Denn, so Unia-Frau Polito: «In aller Regel gelten für sie jetzt höhere Mindestlöhne als die im Temporär-GAV.»

Auf gav-service.ch gibt's alle Mindestlöhne im Überblick. Einfach im Suchfeld den Begriff «Personalverleih» eingeben,

Vor zehn Jahren brachten Autowäscher und Fast-Food-Arbeitende in den USA unverhofft eine Mindestlohn-Bewegung ins Rollen:

«Du kannst dein Leben ändern»



«FIGHT FOR 15»: Plötzlich standen 60 000 Streikende auf der Strasse und forderten einen Mindestlohn von 15 Dollar die Stunde. FOTO: GETTY

Die Kampagnen für gesetzliche Mindestlöhne sind eine gewerkschaftliche Erfolgsstory. Derzeit feiern sie Jubiläum, sowohl in den USA als auch in der Schweiz.

RALPH HUG

Ende 2012 hatte Angel Rebelledo (55) genug. Der Autowäscher wollte nicht länger 90 Stunden in der Woche für einen miesen Stundenlohn von nur 6 Dollar chrampfen. Und sich dabei als Immigrant aus Mexiko noch alle möglichen Beleidigungen anhören müssen. Da viele andere «Car Washers» in New York genau gleich dachten wie er, wurde das Udenkbarbare möglich: Streik! Menschen aus

der Detailhandels-gewerkschaft zeigten, wie man das macht. Auch Fachleute aus der Gemeinwesenarbeit («community organizers») unterstützten sie dabei.

FRISCHE BEWEGUNG

Zur selben Zeit brodelte es auch in New Yorks Fast-Food-Fillialen. Protest lag in der Luft. Und mittendrin die grosse Dienstleistungsgewerkschaft SIEU. Wie die Autowäscher legten auch 200 Serviceleute aus Fast-Food-Restaurants die Arbeit nieder. Das war ein Fanal. Niemand hatte es für möglich gehalten, dass in solchen Branchen je gestreikt würde. Eine neue Bewegung war geboren: «Fight for 15». Ein Mindestlohn von 15 Dollar pro Stunde sollte ein halbwegs anständiges Leben ermöglichen. Diese Forderung traf einen Nerv. Und sie animierte viele Beschäf-

tigte im Land. Schon zwei Jahre später streikten 60 000 Tieflohnangestellte in 200 Städten.

MILLIARDEN MEHR LOHN

Heute, zehn Jahre später, ist die Bilanz dieser Bewegung eindrücklich. Laut Berechnungen des «National Employment Law Project», einer auf Arbeit und Beschäftigung spezialisierten NGO, werden jährlich 150 Milliarden Dollar mehr Lohn ausbezahlt – Geld, das vorher in den Taschen von Aktionären und Reichen landete. Vom Lohnanstieg profitierten rund 26 Millio-

Die neuen Basis-gewerkschaften sind laut, urban und migrantisch.

nen Arbeitende, darunter rund 12 Millionen «People of color», die im Mittel pro Jahr 6000 Dollar mehr Geld auf dem Konto haben. Zehn US-Staaten haben den gesetzlichen 15-Dollar-Mindestlohn eingeführt. Hawaii steuert sogar auf 18 Dollar zu.

Die Bewegung wird von den Betroffenen selbst geführt. Die grossen Gewerkschaften bleiben unterstützend im Hintergrund. Dies macht «Fight for 15» besonders vertrauenswürdig. Und die Bereitschaft unter Betroffenen, sich zu engagieren, wächst. So entstanden neue, unkonventionelle Basisgewerkschaften in Tieflohnbranchen. Sie sind laut, bunt, urban und migrantisch. Wie der Ex-Rapper Chris Smalls mit seiner «Amazon Labor Union». Dem Afroamerikaner gelang das Kunststück, gegen alle Widerstände die erste Gewerkschaft im Amazon-Imperium des Mehrfachmilliardärs Jeff Bezos zu gründen (work berichtete: rebrand.ly/smalls).

KANTONE MACHEN ES VOR

Lange tat die bürgerliche Ökonomie den vom Staat verhängten Mindestlohn als unnützlich und schädlich ab. Dass er Armut verhindert und Lohnungleichheit

mildert, blieb unbeachtet. Jetzt hat der Wind gedreht. Der gesetzliche Mindestlohn ist auf dem Vormarsch. In der Schweiz ist er in fünf Kantonen Tatsache: Neuenburg, Jura, Genf, Tessin und Basel-Stadt. Er liegt zwischen 19 und 23 Franken pro Stunde. Eine Frucht der Unia-Kampagnen, die ebenfalls ein Jubiläum feiern: Vor 25 Jahren, 1998, startete die Kampagne «Kein Lohn unter 3000 Franken», der später jene für 4000 Franken pro Monat folgte. Noch immer gibt es Tausende, die weniger verdienen (siehe Artikel unten). Das Ziel ist noch nicht erreicht.

Auch bei der EU hat der Wind gedreht. Der EU-Rat in Brüssel erliess im Herbst nach längerem Tauziehen eine Mindestlohn-Richtlinie. Sie schreibt zwar keinen minimalen Stundenlohn, jedoch verbindliche Referenzwerte für die Berechnung vor. Und fast noch wichtiger: Die Mitgliedsländer müssen jetzt die Gewerkschaften als Trägerinnen von Gesamtarbeitsverträgen fördern. Der deutsche Mindestlohn-Experte Thorsten Schulten freut sich: «Ein fundamentaler Richtungswechsel!» (siehe Box ganz rechts unten). Auch wenn es auf die Umsetzung in den einzelnen Ländern ankommt, glaubt Schulten, dass die neue Richtlinie zu einer echten Umwälzung im Kampf gegen Erwerbsarmut und soziale Ungleichheit führen kann.

Überall geht der Kampf weiter. In den USA will sich «Fight for 15» auf die Südstaaten konzentrieren. Dort liegen die Löhne generell tiefer, und die Zahl schwarzer Arbeiterinnen und Arbeiter ist höher. In der Schweiz sind lokale Mindestlohn-Initiativen in Zürich und Winterthur hängig. Die Botenschaft, die allen Mindestlohn-Bewegungen zugrunde liegt, hat sich aber nicht geändert. SIEU-Präsidentin Mary Kay Henry hat diese treffend umschrieben: «Wenn du dich mit ändern zusammennimmst, kannst du deinen Job und dein Leben verändern.»



Rechte Parteien machen Chefs kurz vor den Wahlen noch ein Geschenk Frontalangriff auf Mindestlöhne

Die rechte Mehrheit im Parlament will die kantonalen Mindestlöhne schleifen. Dass das verfassungswidrig ist, kümmert SVP, FDP und Mitte nicht.

CLEMENS STUDER

2014 kam die Mindestlohn-Initiative von Gewerkschaften und SP zur Abstimmung. Damals heulten die rechten Gegnerinnen und Gegner, das sei ein Eingriff in die Hoheit der Kantone. Wenn schon Mindestlöhne, dann sollten dies die Kantone selber entscheiden. Jetzt, wo das Stimmvolk in einigen Kantonen (Genf, Neuenburg, Jura, Tessin, Basel-Stadt) Mindestlöhne angenommen hat, schiessen die Arbeitgeberverbände und die rechten Parteien dagegen. Zum Teil zogen sie Volksentscheide bis vor Bundesgericht. Dieses schützte die kantonalen Mindestlöhne – und die Volksrechte. Die Speerspitze der Mindestlohn-Gegnerinnen und -Gegner ist aktuell der Obwaldner Mitte-Ständerat Erich Ettlin. Steuerberater, Krankenkassen- und Finanzlobbyist. Er rangiert mit 16 bezahlten Lobbyämtern auf Platz 2 der aktuellsten Lobbywatch-Rangliste. Nach dem Ständerat hat Mitte Dezember auch der Nationalrat seinem Vorstoss zugestimmt.



LOHNDRÜCKER: Mitte-Ständerat Erich Ettlin. FOTO: KEYSTONE

Der trägt den heuchlerischen Titel «Sozialpartnerschaft vor umstrittenen Eingriffen schützen».

WURUM GEHT ES?

Wenn das Stimmvolk eines Kantons einen kantonalen Mindestlohn beschliesst, gilt der heute auch dort, wo der Bundesrat einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) als allgemeinverbindlich erklärt hat. Aktuell kennen die Kantone Neuenburg, Jura, Genf, Tessin und Basel-Stadt Mindestlöhne. Sie sollen jetzt übersteuert werden können. Konkret: Wenn die Löhne eines allgemeinverbindlich erklärten GAV unter den kan-

tonalen Mindestlöhnen liegen, sollen diese tieferen Löhne gelten. Was das zum Beispiel im Kanton Genf für eine Coiffeuse bedeutet, hat die Unia ausgerechnet: bis zu 1000 Franken weniger – pro Monat. Die Lebenshaltungskosten in Genf sind wesentlich höher als in Appenzell. Darum braucht es dort höhere Löhne zum Leben. Einige GAV sehen darum auch unterschiedliche Abstufungen je nach Region vor.

PROBLEM BILLIG-GAV

Komplizinnen von Ettlin sind dagegen «Gewerkschaften», die Billig-GAV zu fast allen Bedingungen abschliessen. Aktuell zum Beispiel in der Kurierbranche, wo ein Hinterrücks-GAV der Syndicom sogar die kantonalen Mindestlöhne in Genf unterschreitet. Dort beträgt der Mindestlohn 26.04 Fran-

Die Smood-Kurierinnen und Kurierere in Genf würden künftig 12 Prozent weniger verdienen.

ken. Der Billig-GAV, den die Syndicom mit der Lohndrücker-Bude Smood abgeschlossen hat, sieht gerade mal einen Stundenlohn von 23 Franken vor. Das heisst, in Genf verdienen die Smood-Kurierinnen und Kurierere dank dem kantonalen Mindestlohn rund 3 Franken mehr pro Stunde. Ausser, der Hinterrücks-GAV der Syndicom wird, wie diese anstrebt, als

allgemeinverbindlich erklärt. Oder andersrum: Wird der Ettlins-Vorstoss Gesetz, erhalten auch die Genfer Smood-Kurierinnen und -Kurierere «dank» dem Syndicom-GAV rund 12 Prozent weniger Stundenlohn als aktuell.

WIE GEHT ES WEITER?

Der Bundesrat muss sich nach dem Parlaments-Ja nun an die Umsetzung der Motion machen. Die Landesregierung war übrigens gegen die Motion. SVP-Volkswirtschaftsminister Guy Parmelin sagte, ein allgemeinverbindlich erklärter GAV habe nicht dieselbe demokratische Legitimation wie ein kantonales Gesetz. Auch die Westschweizer Kantone waren gegen den Vorstoss und hatten den Nationalrätinnen und Nationalräten einen Brief geschickt. Erfolgrlos.

Wird die Motion umgesetzt, werden vom Volk bestätigte kantonale Mindestlohn-Bestimmungen ungültig. Dabei ist das Recht der Kantone, sozialpolitische Gesetze zu erlassen – und darunter fallen Mindestlöhne –, in der Bundesverfassung festgehalten. Doch darauf peift die bürgerliche Parlamentsmehrheit.

Die Gewerkschaften haben bereits energischen Widerstand angekündigt. Luca Cirigliano, Zentralsekretär beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund, sagt: «Der SGB wird die Vorlage mit allen nötigen Mitteln bekämpfen und die kantonalen Mindestlöhne verteidigen.»

Thorsten Schulten: Der «Mindestlohn-Papst» im Interview

Bürgerliche Ökonomen behaupten seit Jahrzehnten, dass Mindestlöhne zu Massenarbeitslosigkeit führen würden. Und in der Schweiz behaupten die gleichen Kreise, Mindestlöhne führten zu mehr Zuwanderung. Das widerspricht sich zwar, ist den bürgerlichen Parteien und Verbänden jedoch egal. Ihr Motto: Hauptsache jeden gleich. Ihr Motto: Hauptsache jeden gleich. Ihr Motto: Hauptsache jeden gleich. Ihr Motto: Hauptsache jeden gleich.

BEISPIEL DEUTSCHLAND. Der ehemalige Unia-Co-Präsident und work-Kolumnist Andreas Rieger hat sich für die fortschrittliche Denkfabrik Denknetz mit Thorsten Schulten unterhalten. Schulten ist einer der fundiertesten Kenner der europäischen Mindestlohn-Politik. Er leitet das WSI-Tarifarchiv der gewerkschaftsnahen deutschen Hans-Böckler-Stiftung und lehrt als Honorarprofessor an der Universität Tübingen. Schulten spricht mit Rieger unter anderem über folgende Fragen: Was tut sich in Deutschland? Führt die flächen-deckende Einführung von 12 Euro pro Stunde zu Massenarbeitslosigkeit? Was tut sich in der Europäischen Union? Gibt es Grund zur Hoffnung, dass es hier einen Paradigmenwechsel in der Arbeitspolitik gibt? Und welchen Einfluss hat auf all das die Inflation? Das Interview zum Nachlesen gibt's hier: denknetz.ch (cs)

WALLIS INITIATIVE LANCIERT

Kein Stundenlohn unter 22 Franken – das fordert eine kantonale Mindestlohn-Initiative von PdA, SP, Grünen und Gewerkschaften im Wallis. Von ihm ausgenommen wären einzig Praktikums- und Lehrlingslöhne sowie der Landwirtschaftssektor. Doch auch Erntehelferinnen und -helfer sollen künftig mindestens 18 Franken verdienen.

EIN JAHR ZEIT. Heute sind in Walliser Aprikosen- und Weinplantagen Löhne unter 14 Franken erlaubt. Tiefelöhne sind im Grenzkanton aber auch sonst verbreitet. Dazu Unia-Regioleiter Martin Dremelj: «Es geht querbeet – von der Reinigung über den Detailhandel bis zur Industrie.» Das Initiativkomitee hat nun ein Jahr Zeit, um die nötigen 4000 Unterschriften zu sammeln. (jok)

Nach dem EU-Bestechungsskandal um die Fussballweltmeisterschaften in Katar: Weltgewerkschafts-Boss Visentini suspendiert

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) wird nicht mehr von Luca Visentini geführt. Eine allfällige Rückkehr hat sich der Italiener selbst verbaut – mit fragwürdigen Äusserungen zum Korruptionsvorwurf gegen ihn.

JONAS KOMPOSCH

Das Bestechungsgeld sass sehr locker in Brüssel. Gleich sack- und kofferweise lagerten begünstigte EU-Abgeordnete die Notenbündel zu Hause. 1,5 Millionen Euro fand die belgische Polizei im Rahmen ihrer Grossrazzia vom 9. Dezember (work berichtete: rebrand.ly/geschmiert). Weitere Vermögenswerte konfiszierten die Behörden später in Italien und Griechenland. Und im Steuerparadies

Aufnahmen zeigen, wie Visentini zwei pralle Couverts annimmt.

Panama müssen die Fahnderinnen und Fahnder neuerdings nach weiteren 20 Millionen Euro suchen. Diese sollen aus Katar direkt auf ein Konto von Eva Kailli geflossen sein. Die abgesetzte EU-Parlamentspräsidentin sitzt derweil noch immer in Untersuchungshaft. Ebenso ihr Lebensgefährte Francesco Giorgi.

Dieser hat unterdessen ein Teilgeständnis abgelegt. Seither ist bekannt, dass nicht nur das Emirat hinter der Bestechungsaffäre steckt, sondern wohl mindestens so sehr das Königreich Marokko. Sein Militärgeschäft soll 2019 Giorgi sowie die beiden damaligen EU-Ab-



ZUKUNFT UNGEWISS: Unter den internationalen Gewerkschaften verliert IGB-Chef Luca Visentini zusehends an Rückhalt. FOTO: MATIO SALERNO/ETUC

geordneten Andrea Cozzolini und Antonio Panzeri angeheuert haben. Ihr Auftrag: Beeinflussung der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion für marokkanische Interessen. Panzeri und Giorgi gründeten darauf die Tarn-NGO «Fight Impunity». Darüber verteilten sie grosszügig Geld an ausgewählte Schlüsselpersonen. Unter den Begünstigten war auch Luca Visentini, damals Chef des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB).

«WIE BEI OCEAN'S ELEVEN»

Es geschah am 10. Oktober 2022 – mitten in Visentinis erfolgreichem Wahlkampf für den Vorsitz des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB). Der bald höchste Gewerkschafter der Welt war zu Gast bei Antonio Panzeri in Brüssel. Was die beiden

nicht wussten: Panzeris Wohnung war verwandt und videoüberwacht – dies zumindest berichtet die Zeitung «Repubblica». Demnach zeigen die Aufnahmen, wie der Politiker dem Gewerkschaftschef zwei pralle Couverts übergibt. Auf ihnen prangt – saisongerecht – ein Samichlaus. Der Inhalt: Hunderte grosse Euroscheine. Panzeri scherzt noch: «Wir sehen aus wie diese Typen bei Ocean's Eleven!» Tatsächlich entwickelt sich einiges wie im Ganovenfilm.

Einen Monat später schlägt die Polizei zu. Auch Visentini wird verhaftet. Doch anders als die meisten Beschuldigten wird er nach 48 Stunden unter Auflagen entlassen. Visentini zeigt sich schockiert: Er sei von «Kriminellen» beschuldigt worden, habe nichts von Panzeris wahren Ab-

sichten gewusst und sei wohl deshalb ins Visier der Justiz geraten, weil er gutgläubig an einigen Initiativen von «Fight Impunity» teilgenommen habe. Dass er Geld angenommen hatte, verschwieg Visentini zu diesem Zeitpunkt. Dafür behauptete er: «Gegen mich wird nicht ermittelt.» Anders tönt es heute von seiner Anwältin.

SPÄTES EINGESTÄNDNIS

Gegen ihren Klienten werde zwar nicht wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung ermittelt, aber durchaus wegen angeblicher Geldwäsche und Korruption. Visentini gerät nach der Haftentlassung jedenfalls unter Druck. Am 14. Dezember suspendiert er sich als Generalsekretär des IGB selbst. Zwei Tage später gesteht er, von Panzeri «Spenden in der Höhe von wenigen Tausend Euro» erhalten zu haben. Das Geld habe er in seinen Wahlkampf gesteckt. Konkret habe er IGB-Delegierten aus ärmeren Ländern geholfen, die Reisekosten an den IGB-Wahlkongress in Melbourne, Australien, zu finanzieren. Eine heikle Angelegenheit – auch weil in Belgien Barzahlungen über 3000 Euro verboten sind.

Am 19. Dezember erscheint schliesslich die «Repubblica»-Recherche über die prallen Samichlaus-Couverts. Nun erklärt Visentini, er habe «gegen 50 000 Euro» erhalten. Und: «An diese Spende waren keinerlei Bedingungen geknüpft, und auch ich habe keine Gegenleistung für das Geld verlangt.» Zudem habe es nie ei-

nen Korruptionsversuch hinsichtlich seiner Positionen zu Katar gegeben. Unter anderem das wollen EGB und IGB nun genauer wissen. Beide Dachverbände haben externe Untersuchungen angeordnet. Auffälligkeiten gibt es nämlich durchaus.

SGB FORDERT RÜCKTRITT

So ist die ursprünglich laute Katar-Kritik des IGB kurz vor WM-Anpfiff praktisch verstummt. Mehr noch: Bloss zwei Wochen nach Panzeris Geldgeschenk sagte der angehende IGB-Chef Visentini, die Wüsten-WM sei hinsichtlich der Arbeitsbedingungen «eine Erfolgsgeschichte». Noch weiter ging seine Vorgängerin Sharan Burrow: Die katarische Regierung und der IGB seien «wertvolle Freunde geworden».

In der internationalen Gewerkschaftsbewegung hat sich Visentini jedenfalls einen herben Vertrauensverlust eingebrockt. Auch wenn die Unschuldsvermutung gilt, schmilzt sein Rückhalt zusehends. Die deutschen und französischen Verbände verlangen seine sofortige Absetzung. Und auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund spricht sich für einen Rücktritt aus. SGB-Sprecher Benoît Gaillard erklärt: «Aus unserer Sicht ist Luca Visentini nicht mehr in der Lage, die Interessen der Arbeitnehmenden effektiv und glaubwürdig zu vertreten.» Ob die Karriere des 54-jährigen tatsächlich am Ende ist, zeigt sich spätestens am 11. März. Dann enden Visentinis Zwangsferien, und der Generalrat des IGB verkündet sein Urteil.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Dürfen wir bald wieder heiss duschen? Alleine und beliebig lange?

Bisher mussten Geothermie-Bohrungen hierzulande immer wieder abgebrochen werden. Jetzt glauben Innerschweizer Ingenieure, die Lösung für die Zukunft gefunden zu haben. Drücken wir ihnen die Daumen!

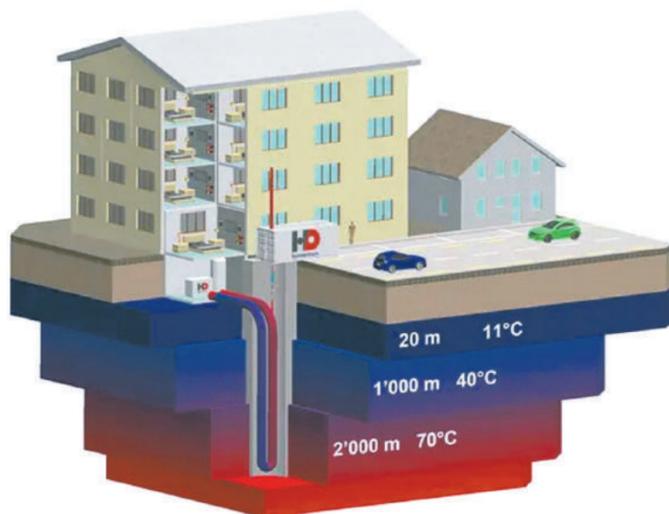
Beim Bau des Simplontunnels zu Beginn des 20. Jahrhunderts stiegen die Temperaturen im Innern des Berges massiv. Der Grund: Die Überdeckung betrug bis zu 2000 Meter. Und pro hundert Meter steigt die Felstemperatur durchschnittlich um 3 Grad an.

Die Zustände im Tunnel waren für die Arbeiter unerträglich. Und dies trotz kaltem Wasser, das den Tunnel kühlen sollte. Es kam zu Wassereintrüben mit mehr als 55 Grad heissen Quellen.

Inzwischen haben die Wasser des Naturparks «Alpe Veglia» in Oberitalien den Berg auskühlen lassen. Von unten wärmt die Mutter Erde den Berg, und von oben kühlen ihn die Wasser der Gletscher. Dank diesem künstlichen Gleichgewicht ist der Fels in der Mitte des einst längsten Eisenbahntunnels der Welt «nur» 30 Grad warm.

RIESIGES POTENTIAL. 99 Prozent der Masse unserer Erde sind mehr als 1000 Grad heiss. Wir leben auf einer Erdkruste. Diese ist verdammt dünn. Darunter brodeln und zischen Tag und Nacht.

Heizen sollte daher eigentlich kein Problem sein, wenn es uns gelänge, einen Mini-Pfupfi-Teil dieser



ERDWÄRME NUTZEN: Mit dem Hammerdrum-System sollen Geothermiebohrungen auch in Städten möglich sein und nur wenige Hunderttausend Franken kosten. FOTO: PD

Erdwärme zu nutzen. Bislang sind in der Schweiz jedoch alle Versuche, diese Energiequelle zu erschliessen, gescheitert. Grossprojekte mussten abgebrochen und Millionen von Franken abgeschrieben werden. Diese Fehlschläge waren frustrierend, haben jedoch wichtige Erkenntnisse für künftige Projekte geliefert. Denn das Potential der Geothermie bleibt unbestritten riesig. Die Entwicklung von neuen Technologien in diesem Bereich sind sinnvoll und zentral für die Schweiz, um CO₂-neutral zu werden.

Nicola Nyffeler ist Ingenieur. Oliver Rau ist Betriebswirtschaftler. Mit ihrer Firma Hammerdrum wollen sie die Schlüsseltechnologie für die Geothermie entwickeln. Es handelt sich um ein komplett neues Bohrfahrer. Mit dem Ziel, kostengünstig und platzsparend den Untergrund erschliessen zu können. Die Vorteile ihres in Entwicklung begriffenen Systems:

Vorteil 1: Wer bohrt, braucht nicht mehr einen Bauplatz von 5000 Quadratmetern. Eine Fläche von 25 Quadratmetern reicht aus. Auch in dicht-

besiedeltem Gebiet können wir so in die Tiefe bohren.

Vorteil 2: Ihre Tiefenbohr-Fräsmaschine funktioniert vollautomatisch. Nirgends ist das wichtiger als in der Schweiz, weil wir nämlich einen Facharbeitermangel haben.

Vorteil 3: In einer Röhre lässt man das Wasser nach unten strömen. Bis es in 3000 Metern Tiefe 70 Grad warm ist. Und in einer isolierten Röhre wird das erwärmte Wasser dann mit wenig Pumpaufwand nach oben gepresst. Der geschlossene Kreislauf löst keine Erdbeben aus und lässt die Grundwasserströme in Ruhe.

Vorteil 4: Das Hammerdrum-System soll bei jedem Untergrund funktionieren. Weil überall in der Schweiz und bei jedem Untergrund die Temperatur des Erdreiches pro hundert Meter zusätzlicher Tiefe um durchschnittlich 3 Grad zunimmt.

Vorteil 5: Eine Bohrung soll nur wenige Hunderttausend Franken kosten. Es gibt in der Schweiz eine halbe Million Gebäude, die wir so versorgen könnten. Das System braucht absehbar pro 100 Kilowattstunden Winterwärme nur 8 Kilowattstunden Winterstrom. Seine Jahresarbeitszahl wäre ökologisch und ökonomisch betrachtet unschlagbar.

Obwohl das Verfahren und die dazugehörige Hardware bereits patentiert sind, wollen die «Hammer-Drummer» noch nicht alle Katzen aus dem Sack lassen. Mit ihrer Idee hat das Jungunternehmen aber schon mehrere Start-up-Preise in der Innerschweiz gewonnen. Wir bleiben dran.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/hammerdrum
Es lohnt sich, die Homepage dieses Start-up im Detail zu



studieren. Wenn sie recht bekommen, dann brauchen wir viel weniger Winterstrom als bisher angenommen.

● rebrand.ly/fehlschlag
Vor gut drei Monaten berichtete das «Baublatt» über ein aktuelles Bohrprojekt in Lavey-les-Bains: «Die Temperatur am Grund des Bohrlochs sei zwar vorhanden und liege über den Erwartungen, aber aufgrund der fehlenden Verbindungen zu potentiellen Wasserquellen könne kein Strom erzeugt werden, teilte das Unternehmen Alpine Geothermal Power Production (AGEPP) am Montag mit.» Das kann den Hammer-Drummern nicht passieren.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

Marius Eckerts Fotos zeigen die Welt auf dem Bau – ungeschminkt «Znüni näh» zwischen Staub, Schmutz und Dreck

So schonungslos hat wohl noch niemand die Arbeit auf dem Bau dargestellt wie der Zürcher Fotograf Marius Eckert. Sein Erstlingswerk zeigt die Búezer-Realität roh und ungeschönt.

RALPH HUG | FOTOS MARIUS ECKERT

Schön im klassischen Sinne sind sie nicht. Aber eindrucksvoll. Wenn Marius Eckert (32) zur Kamera greift, entstehen ungeschminkte Bilder. Keine glattpolierten Fassaden, keine heroischen Búezer. Sondern Menschen, welche sich in Rohbauten, düsternen Kellern und engen Schächten abmühen.

Essen und Pausen sind nur kurze Intermezzi in einer endlosen Malocherei.

Oft auf den Knien. Oder auf englisch: «On Knees». So heisst darum auch der spektakuläre Fotoband, den der junge Zürcher Fotograf soeben veröffentlicht hat.

Eckert weiss, wie es auf dem Bau zu- und hergeht. Hat er doch selbst immer wieder auf Baustellen gearbeitet. «Ich musste meine Studiendarlehen zurückzahlen», sagt er zu work.

Eckert hatte zunächst eine Lehre als Elektriker absolviert. Irgendwann bekam er genug davon. Immer nur Decken schlitzen, Dráhte ziehen und Schalter montieren befriedigte ihn nicht. Er besann sich auf seine kreative Seite und studierte in Luzern Fotografie. Während des Studiums jobbte er als Temporärer im Stundenlohn auf dem Bau. Insgesamt drei Jahre lang. Dort entstanden die Fotos, die jetzt in «On Knees» versammelt sind. Eine Auswahl aus rund 800 Aufnahmen.

ENGE SCHÁCHTE, DUNKLE ECKEN

Wenn er morgens um sechs zur Arbeit fuhr, hatte Eckert seine analoge Kompaktkamera dabei. Mehr als eine ging ihm im Staub und Schutt der Baustellen kaputt. Eckert sagt: «Ich wollte einfach meinen Alltag dokumentieren.» Zunächst ohne künstlerischen Anspruch. Meist drückte er



schnell auf den Auslöser – fertig. Keine Pose, keine Inszenierung. So entstanden authentische Aufnahmen: roh und ungeschönt, dafür ganz nah an einem Leben, das sich meist im Staub, Schmutz und Dreck abspielt. Da ist zum Beispiel der Búezer, der sich in einen engen Kabelschacht zwängt. Man fragt sich: Wie kommt der da nur wieder raus? Ein anderer kriecht mühsam aus einer Ecke, ein dritter spritzt einsam Beton ab. Und von einem vierten ist nichts zu sehen als seine Füsse im fahlen Licht der Bauleuchten.

Essen und Pausen machen erscheinen hier nur als kurze Intermezzi in einer endlosen Malocherei. Ein Búezer schläft auf einem Stapel von Holzpaletten, ein anderer legt sich auf eine Isolationsmatte auf dem nackten Beton und lässt sich von einer Halogenlampe wärmen. Ein weiterer Arbeiter nickt gleich am Tisch ein. Zum Zmittag gibt's Pizza aus der Schachtel, Schnitzelbrot aus dem Säckli und Fastfood aus dem Plasticgeschirr. Alles wird an Ort und Stelle verdrückt. Kann essen trostloser sein?

Im Fotoband «On Knees» gibt es keine Texte. Eigentlich wollte Marius Eckert im Buch ein Vorwort haben. Am liebsten von Endo Anaconda, dem Künstler und verstorbenen Sänger von «Stiller Haas». Schliesslich handelt einer von Anacondas Hits von der Arbeit auf der Baustelle («Znüni näh»). Doch leider kam das nicht zustande. Und dann war Endo plötzlich tot. So blieb es bei den Fotos. Wer sich in die oft grobkörnigen, teils bewusst unscharfen Aufnahmen vertieft, realisiert, dass hier einer der Wirklichkeit verpflichtet ist. Nüchtern, nackt und fade. «Naked Realism» wird diese Stilrichtung auch genannt. Fotokünstler Eckert setzt dabei auf die Analogfotografie mit Negativen. Früher entwickelte er diese sogar noch selber. Jetzt scannt er sie nur noch ein und bearbeitet sie am Computer.



BÚEZERLEBEN PUR: Mittagsschlaf auf Holzpaletten, Schnitzelbrot im Baustellenschutt und waghalsige Manöver in der Höhe.

Aber so, dass Kratzer und Striemen am Filmmaterial sichtbar bleiben. Schliesslich sieht eine halbfertig gegipste Wand im Rohbau auch nicht anders aus.

Eckert arbeitet jetzt als Fotograf für das «St. Galler Tagblatt». Da wird er von seiner Analogkamera auf eine moderne Digitalkamera umstellen müssen. Er hat aber viele Ideen für weitere Projekte. Projekte auf der Jagd nach neuen Wirklichkeiten.



Marius Eckerts Fotoband **On Knees** ist im Amsel-Verlag Zürich erschienen, kostet Fr. 59.– und kann über seine Website mariusECKERT.com bezogen werden.

Baracken-Schweiz Saisonier- Film im Kino

Weil für Saisoniers der Familien-nachzug verboten war, wuchsen in der Schweiz bis zu 50000 «Fremdarbeiterkinder» im Geheimen auf. Vielen von ihnen fällt es noch heute schwer, darüber zu sprechen. Doch seit gut einem Jahr gibt es den Verein Tesoro. Er fördert die Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der Schweizer Geschichte und fordert eine politische und gesellschaftliche Anerkennung des verursachten Leids. Und jetzt reden die Opfer der Baracken-Schweiz erstmals auch in einem Dokumentarfilm: «Im Land der verbotenen Kinder» zeigt eindrücklich, wie verbreitet das Phänomen der «versteckten Kinder» war – und warum die verheerenden Folgen des Saisonierstatus bis in die Gegenwart reichen. Ein unbedingter Kinotipp!

Dok-Film **Im Land der verbotenen Kinder**. Von Jörg Huwiler und Beat Bieri. Schweiz 2023, 80 Minuten. Jetzt im Kino.

Gedenk-Broschüre: Erinnerung an Canonica

Letztes Jahr jährte sich der hundertste Geburtstag von Gewerkschafter Ezio Canonica, der 1978 verstarb. Ein Freundeskreis im Tessin unter dem Autor Marco Tognola



Ex-SGB-Chef Ezio Canonica (1922 bis 1978). nahm dies zum Anlass, um mit einer Broschüre an Canonica zu erinnern. Schliesslich gehörte der Tessiner zu den markanten Persönlichkeiten an der Spitze des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB), den er von 1973 bis 1978 präsidierte. Die Broschüre erinnert in persönlicher Weise daran, wie sich Canonica mit Herzblut für mehr Mitbestimmung und gegen die grassierende Fremdenfeindlichkeit einsetzte. Sein Vermächtnis bleibt seine inklusive Politik gegenüber Migrantinnen und Migranten und sein Einstehen für eine solidarische Gewerkschaft.

Broschüre **Ezio Canonica. L'uomo, il politico, il sindacalista**. 50 Seiten, erschienen in Italienisch beim Verlag Fontana Edizioni, Bestellung unter: fontanaedizioni.ch.

work1x1 der wirtschaft

David Gallusser



SCHWEIZER DETAILHANDEL: HOHE PREISE, TIEFE LÖHNE

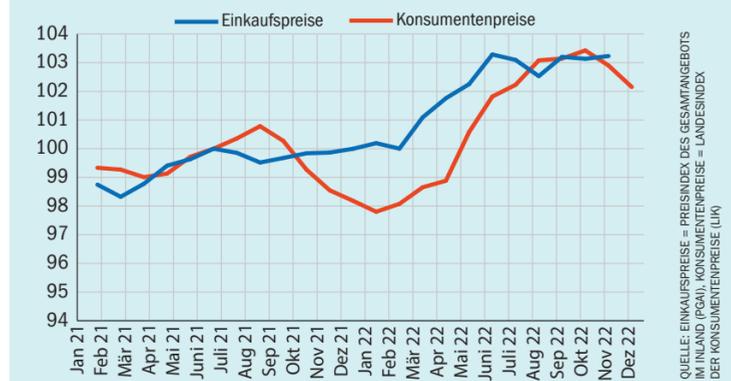
Den Schweizer Lebensmittel-Detailhändlern geht es gut. Während der Corona-Pandemie erlebte die Branche einen Höhenflug. Viele Leute leisteten sich beim Einkaufen mehr, weil sie nicht mehr auswärts essen oder ins Ausland in die Ferien konnten. Als die Corona-Einschränkungen im vergangenen Winter aufgehoben wurden, gingen die Umsätze der Branche zwar zurück. Die Haushalte scheinen sich aber an ihren hohen Konsum gewöhnt zu haben. Bei den Lebensmitteln erzielen die Detailhändler jedenfalls noch immer über 10 Prozent mehr Umsatz als vor der Pandemie.

PREISMACHT. Dass das Geschäft gut läuft, liegt aber nicht nur am Konsumverhalten. Sondern auch an der Macht der Detailhändler, die Preise bei den Zulieferern tief und bei der Kundschaft hoch zu halten. Diese Preis-macht hilft ihnen nun auch in der aktuellen Teuerungssituation. Ein Migros-Sprecher sagte zwar jüngst

gegenüber der «Sonntagszeitung», dass man nicht alle Preissteigerungen im Einkauf weitergeben und auf Marge verzichten würde. In den Branchendaten ist davon allerdings nichts zu sehen. Vielmehr steigen die Preise, die wir im Detailhandel für Lebensmittel bezahlen müssen, weitgehend parallel zu den Preisen, die die Produzenten für die Lebensmittel verlangen. Daran ändert auch nichts, dass die Detailhändler bei einzelnen Waren wie etwa Rotwein oder Zitrusfrüchten trotz höheren Einkaufspreisen nicht aufgeschlagen haben. Denn: Gleichzeitig sind die Preise von anderen Produkten wie Schweinefleisch, Käse oder Fisch im Detailhandel stärker gestiegen als bei den Produzenten.

KNAUSRIGE CHEFS. Die Hauptleidtragenden davon sind aber nicht die Konsumentinnen und Konsumenten. Es sind vielmehr die Beschäftigten. Sie leisten immer mehr, wie die Zahlen zeigen: So ist die Produktivität im Detail-

Preisentwicklung bei den Lebensmitteln
Durchschnittlicher Preis für Lebensmittel in der Schweiz von Januar 2021 bis Dezember 2022. Juni 2021 = 100



handel seit 2020 um schätzungsweise 6 Prozent gestiegen. Trotzdem knauern die Chefs bei den Löhnen. Selbst einen ordentlichen Teuerungsausgleich haben die grossen Detaillisten ihren Mitarbeitenden verwehrt. So stehen

diese heute mit Löhnen da, die noch tiefer sind als bisher. Und dies trotz dem Höhenflug des Detailhandels.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

Rechtsberatung Frauenstreik im Betrieb

Reallohnverluste, Rentenkürzungen und Rückschritt statt Fortschritt in der Gleichstellung: Für einen erneuten feministischen Grossstreik gibt's Gründe genug. Am kommenden 14. Juni findet er statt! Dieses Mal sollen die Aktionen vermehrt auch in den Betrieben stattfinden. Doch was heisst es, am Arbeitsplatz zu streiken? Wie geht das? Was ist legal? Und was passiert, wenn die Chefetage interveniert? An einem Workshop informieren die Unia-Juristin Martina Wyss und die ehemalige VPOD-Sekretärin Bettina Dauwalder. Organisiert wird der Anlass vom feministischen Streikkollektiv Bern.

Streik-Workshop. Freitag, 27. Januar, 19 bis 21.30 Uhr, Monbijoustrasse 61, 2. Stock, Bern. Anmeldung per Mail an: koordination@frauen-streiken.ch.



Das offene Ohr

David Aeby von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Krankenkasse: Auch während Militär- und Auslandsreise Pflicht?

Ich muss Anfang März in die Rekrutenschule (RS) und gehe anschliessend ein halbes Jahr ins Ausland auf Reisen. Muss ich während dieser Zeit in der Schweiz krankenversichert bleiben?

DAVID AEBY: Nein und ja: Während Militärdiensten, die länger als 60 aufeinanderfolgende Tage dauern – was bei der RS ja der Fall ist –, können und sollten Sie Ihre obligatorische Grundversicherung sistieren. Dasselbe gilt für lange Zivildienst-einsätze. Während der Dienstzeit sind Sie nämlich über die Militärversicherung für die Risiken durch Krankheit und Unfall versichert. Aber Achtung: Falls Sie eine freiwillige Zusatzversicherung haben, sollten Sie diese behalten. Ist sie einmal gekündigt, sind die Versicherer nicht verpflichtet, Sie wiederaufzunehmen. Anders als in der RS müssen Sie während Ihrer Auslandsreise die obligatorische Krankenversicherung behalten. Die



ABGESICHERT IM DIENST: Während der RS zahlt bei Unfall und Krankheit die Militärversicherung. FOTO: KEYSTONE

Versicherungspflicht endet nur, wenn Sie Ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen, was bei einem vorübergehenden Auslandsaufenthalt aber nicht der Fall ist. Zu beachten ist jedoch, dass die obligatorische Krankenversicherung Leistungen im Ausland nur bei notfallmässigen Behandlungen übernimmt. Ausserdem zahlt die Krankenkasse maximal den doppelten Betrag von dem, was die gleiche Behandlung in der Schweiz kosten würde. Deshalb empfehle ich Ihnen für die Zeit während Ihres Auslandsaufenthaltes den Abschluss einer entsprechenden Zusatzversicherung, falls Sie nicht schon eine haben.

Arbeitszeit: Muss der Chef die Vor- und Nacharbeit bezahlen?

Ich arbeite in einem kleinen Quartierladen als Hilfsverkäuferin. Der Laden hat jeweils von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 18 Uhr geöffnet. Damit ich die Kasse am Morgen pünktlich bedienen kann, muss ich mindestens 10 Minuten früher da sein. Am Abend, wenn wir um 18 Uhr schliessen, benötige ich fürs Abrechnen jeweils mindestens 15 Minuten. Mein Chef will mir diese Zeit jedoch nicht bezahlen. Habe ich das Recht, dies trotzdem einzufordern?

DAVID AEBY: Ja. Die Zeit, während deren Sie sich als Angestellte zur Verfügung Ihres Arbeitgebers zu halten haben, gilt gemäss Arbeitsgesetz (Verordnung 1, Artikel 13) als Arbeitszeit. In Ihrem Fall gibt es keinen Zweifel, dass Sie die von Ihnen genannten Vor- und Nachbereitungen im Zusammenhang mit der Kasse machen müssen, um Ihre Arbeit erfüllen zu können. Es wird kaum im Sinne Ihres Chefs sein, dass Sie diese Arbeiten erst ab 8 Uhr erledigen, da Sie damit die Kundinnen und Kunden vergraulen würden. Ich empfehle Ihnen deshalb, das Gespräch mit Ihrem Arbeitgeber zu suchen und ihn darauf hinzuweisen, dass er Ihnen von Gesetzes wegen die gesamte Arbeitszeit vergüten muss. Sollte sich Ihr Chef weiterhin weigern, melden Sie sich bei der Unia in Ihrer Region.

Das neue AHV-Gesetz tritt 2024 in Kraft. Was bedeutet das für Ihre Rente? Eine Übersicht nach Jahrgängen.

Eine grosse, bittere Pille und ein paar Zückerli

Angleichung des Rentenalters von Frauen und Männern, Zuschläge für die ersten Jahrgänge der Frauen, die länger arbeiten müssen, und ein flexiblerer Altersrücktritt: Das sind die markantesten Neuerungen der AHV-Reform. work zeigt, welche Jahrgänge davon betroffen sind und wie.

MARTIN JAKOB

Mit einem äusserst knappen Mehr und gegen eine klare Mehrheit der Frauen kam am 25. September 2022 ein Ja zur AHV-Reform zustande. Im Dezember 2022 hat der Bundesrat beschlossen, das revidierte Gesetz per 1. Januar 2024 in Kraft zu setzen. Derzeit läuft die Vernehmlassung zur Verordnung. Die wird zwar erst im Lauf des Frühlings abgeschlossen. Aber im wesentlichen lässt sich jetzt schon sagen, was die Gesetzesänderung für wen bringt. Das sind die wichtigsten Neuerungen, gegliedert nach Jahrgängen:

Frauen, Jg. 1961 bis 1964, Zuschlag: Für Sie wird das Rentenalter schrittweise angehoben, und zur Rente wird lebenslang ein Zuschlag bezahlt. Seine Höhe ist abhängig vom Durchschnittseinkommen, das Sie in Ihrem Erwerbsleben erzielt haben (siehe Tabelle). Der Zuschlag hat keine Kürzung allfälliger Ergänzungsleistungen zur Folge und wird auch über die Maximalrente hinaus ausbezahlt.

Jg.	Pens. alter	Zuschlag in Fr. */**		
		I	II	III
1961	64%	40.–	25.–	12.50
1962	64%	80.–	50.–	25.–
1963	64%	120.–	75.–	37.50
1964	65	160.–	100.–	50.–

* Monatliche Zuschläge bei einem Durchschnittseinkommen von I = max. Fr. 58.800.–, II = über Fr. 58.800.– bis max. Fr. 73.500.–, III = über Fr. 73.500.–. ** Gemäss Verordnungsentwurf sollen diese Zuschläge nicht an die Teuerung angepasst werden. Die Gewerkschaften werden in der laufenden Vernehmlassung eine Korrektur dieser ungerechtfertigten Schmärrzel verlangen.

Frauen, Jg. 1965 bis 1969, Zuschlag: Das Rentenalter beträgt 65 Jahre, und zur Rente wird lebenslang ein Zuschlag bezahlt. Es gelten die gleichen Regeln wie für Frauen der Jahrgänge 1961 bis 1964.

Jg.	Pens. alter	Zuschlag in Fr. */**		
		I	II	III
1965	65	160.–	100.–	50.–
1966	65	130.–	81.–	41.–
1967	65	101.–	63.–	32.–
1968	65	70.–	44.–	22.–
1969	65	40.–	25.–	13.–

* Monatliche Zuschläge (Beträge auf ganze Franken gerundet) bei einem Durchschnittseinkommen von I = max. Fr. 58.800.–, II = über Fr. 58.800.– bis max. Fr. 73.500.–, III = über Fr. 73.500.–. ** Bemerkung s. Tabelle oben.

Frauen, Jg. 1961 bis 1969, Vorbezug: Frauen dieser Jahrgänge können die Rente ab 1. Januar 2024 um bis zu drei Jahre vorbezogen. Damit verzichten sie



SCHWERE KOST: Das revidierte AHV-Gesetz bürdet Frauen ab Jahrgang 1961 eine längere Lebensarbeitszeit auf.

FOTO: ADOBÉ STOCK

WORKTIPP

DIE RENTE PLANEN

Ab Alter 55 ist es ratsam, die finanzielle Situation im Rentenalter sorgfältig abzuklären. Ideale Hilfe dabei leistet der Movendo-Kurs «Rentenplanung: Welches Einkommen habe ich im Alter?». Diese Kurse sind sehr gefragt und bereits bis im Herbst 2023 ausgebucht. Wenige freie Plätze sind dieses Jahr noch verfügbar: am 20.10. in Luzern und am 9.11. in Bern. Für frühere Kurse können Sie sich in eine Warteliste eintragen lassen. Gut zu wissen: Als Unia-Mitglied können Sie einen Movendo-Kurs pro Jahr gratis besuchen, weitere Kurse zu einem verbilligten Preis. movendo.ch

aber auf die Zuschläge bei ordentlicher Pensionierung! Immerhin gelten tiefere Kürzungssätze. Lesebeispiel: Liegt Ihr Durchschnittseinkommen unter 58.800 Franken, werden Sie ohne Kürzung ein Jahr früher in Rente gehen können.

Vorbezug im Alter von	Kürzung in %*		
	I	II	III
64 Jahren	0%	2,5%	3,5%
63 Jahren	2%	4,5%	6,5%
62 Jahren	3%	6,5%	10,5%

* Kürzung bei einem Durchschnittseinkommen von I = max. Fr. 58.800.–, II = über Fr. 58.800.– bis max. Fr. 73.500.–, III = über Fr. 73.500.–.

Männer, Jahrgänge 1959 und 1960, Vorbezug: Falls Sie vom Recht auf Vorbezug vor Ende 2023 Ge-

brauch machen, können Sie die Rente wie bisher nur ein oder zwei volle Jahre vorziehen (Kürzung 1 Jahr: 6,8 Prozent; 2 Jahre: 13,6 Prozent). Melden Sie dagegen nach dem 1. Januar 2024 einen Rentenvorbezug an, können Sie zunächst auch nur eine Teilrente beziehen (siehe nächsten Abschnitt).

Frauen und Männer, Jahrgang 1961 und jünger, flexibler Rentenbezug: Frauen und Männer können die Altersrente ab einem Alter zwischen 63 und 70 Jahren beziehen. Es ist neu möglich, zunächst nur eine Teilrente von 20 bis 80 Prozent zu wählen und diese in ein oder zwei Schritten aufs Maximum zu erhöhen. Der Rentenstart lässt sich auf den Monat genau festlegen – frü-

her war der Vorbezug nur um ein oder zwei ganze Jahre möglich. Vorbezogene ganze Renten oder Teilrenten führen weiterhin zu Kürzungen und aufgeschobene Renten zu Zuschlägen, die Berechnung erfolgt auf den Bezugsmonat genau. 2027 will der Bundesrat die Kürzungs- und Zuschlagssätze neu berechnen – bis dahin gilt die alte Tabelle mit Kürzungen bis 13,6 Prozent und Zuschlägen bis 31,5 Prozent. Bereits ab 2024 gilt aber, dass die Kürzungssätze für tiefe Einkommen um 40 Prozent tiefer ausfallen werden.

Bei tiefen Einkommen wird die vorbezogene Rente weniger gekürzt.

beziehen oder aber über die gesamte Lohnsumme Beiträge abrechnen lassen. Dafür fliessen dann auch die nach dem Rentenalter verdienten Löhne in die

Ausserdem neu ab 2024: Wer über das Rentenalter hinaus arbeitet, kann entweder wie bisher bis zu 16.800 Franken Lohn pro Arbeitgeber und Jahr ohne AHV-Abzüge

PENSIONSKASSE

AKTEN-ZEICHEN BVG UNGELÖST

Von den Neuerungen in der AHV ab 2024 sind auch die Pensionskassen betroffen. Das Rentenalter der Frauen steigt parallel zur AHV an, und die Pensionskassen müssen allen Versicherten den Vorbezug oder Aufschub der ganzen Rente oder eines Teils davon zwischen dem 63. und dem 70. Altersjahr ermöglichen. Ab dem 65. Altersjahr werden jedoch keine Risiko- und Todesfallleistungen mehr versichert, und die Pensionskasse kann in ihrem Reglement selber festlegen, ob Beitragszahlungen zur Erhöhung des Alterskapitals weiterhin möglich sind. Gesetzliche Pflicht ist es nicht.

ABBAU GEPLANT. Mit diesen Anpassungen werden jedoch die gravierenden Missstände im Pensionskassengesetz (BVG) keineswegs gelöst. Seit die Sozialpartner – der Schweizerische Gewerkschaftsbund, Travail Suisse und der Arbeitgeberverband – im Jahr 2019 einen tauglichen Kompromissvorschlag auf den Tisch gelegt haben, läuft im Parlament ein Trauerspiel. Erst verschleppten die bürgerlich-liberalen Parteien die Reform der zweiten Säule, um die Abstimmung zur AHV nicht für sie ungünstig zu beeinflussen. Danach drehte der Ständerat die Vorlage ein weiteres Mal durch den Wolf: Die Vorsorge für Geringverdienende und Teilzeitbeschäftigte wird teurer. Nicht nur für Frauen, die in dieser Kategorie übervertreten sind, sondern für alle präkär Beschäftigten. Sie müssten deutlich mehr in die zweite Säule einzahlen, während sich ihre Renten kaum verbesserten. Einen Rentenabbau wie vom Ständerat vorgeschlagen wird die Unia mit dem Referendum bekämpfen. Zudem setzt sich die Unia für eine Stärkung der ersten Säule durch eine 13. AHV-Monatsrente ein. Diese Initiative kommt 2023 zur Abstimmung. (jk)

Geregelt nach Gesetz und Vertrag: Was für die Feriendauer und den Bezug gilt Neues Jahr bringt neues Ferienguthaben

Neues Jahr, neues Ferienguthaben. Das sind die wichtigsten Regeln für Ihre arbeitsfreien Wochen.

MARTIN JAKOB

FERIENDAUER. Vier Wochen Ferien – oder fünf bis zum vollendeten 20. Altersjahr – sind nach Gesetz das mindeste, was Ihnen zusteht. Das gilt, ob Sie Vollzeit, Teilzeit oder im Stundenlohn angestellt sind. Gesamt- oder Einzelarbeitsverträge können höhere Ferienguthaben vorsehen.

Oft haben zum Beispiel Personen ab dem 50. Altersjahr eine Woche mehr zugute. Was gilt in diesem Fall, wenn Sie Mitte Jahr 50 werden?

Vielleicht klärt Ihr Vertrag oder GAV die Frage. Im Landes-gesamtarbeitsvertrag für das

Metallgewerbe zum Beispiel berechnet sich der Ferienanspruch auf Grundlage des am 1. Januar des Kalenderjahres erreichten Alters. Werden Sie am 1. Januar 50 Jahre alt, haben Sie also dieses Jahr bereits eine ganze Woche mehr Ferien zugute. Enthält der Vertrag keine nähere Definition, gilt die Pro-Rata-Regel: Feiern Sie am 1. Juli Ihren 50. Geburtstag, stehen Ihnen für dieses Jahr viereinhalb Ferienwochen zu.

FERIENZEITPUNKT. Grundsätzlich kann die Firma den Zeitpunkt Ihrer Ferien bestimmen, muss dabei aber Rücksicht auf Ihre Wünsche nehmen. Bringt sie keine triftigen betrieblichen Gründe vor, kann sie sich Ihren Plänen nicht entgegenstellen. Und will die Firma Betriebs-

ferien machen, die für Sie Zwangsferien bedeuten, muss sie das frühzeitig – mindestens zwei bis drei Monate im voraus – anmelden. Ausserdem: Mindestens einmal im Jahr müssen Sie zwei Wochen lang Ferien am Stück nehmen.

FEIERTAGE. Fällt ein Feiertag in Ihre Ferien, zählt er nicht als Ferientag. Machen Sie zum Beispiel in den beiden Wochen vor und nach Ostern Ferien, gelten wegen Karfreitag und Ostermontag nur acht Ferientage als bezogen.

IN DEN FERIEN KRANK. Werden Sie in den Ferien krank oder haben Sie einen Unfall, dürfen Sie die Ferien später nachholen – aber nur, wenn die Krankheit oder der Unfall so schwer

waren, dass sie Ihnen die Erholung verunmöglicht haben. Melden Sie sich in einem solchen Fall bereits aus den Ferien bei der Firma, und lassen Sie sich ein ärztliches Zeugnis ausstellen.

FERIENKÜRZUNG. Fallen Sie für längere Zeit aus, darf die Firma Ihren Ferienanspruch unter Umständen kürzen. Ist Ihre Abwesenheit selbstverschuldet – zum Beispiel durch einen Unfall, den Sie in alkoholisiertem Zustand oder in Ausübung einer Extremsportart verursacht haben –, dürfen die Ferien nach Absenz von einem ganzen Monat für jeden vollen Monat um einen Zwölfstel gekürzt werden. Trifft Sie kein Verschulden, was bei Krankheit und Unfällen in der Regel

anzunehmen ist, sind Kürzungen um einen Zwölfstel pro Monat erst nach zwei vollen Monaten Abwesenheit erlaubt, wobei der erste Monat nicht zählt. Angebrochene Monate dürfen nicht in die Kürzung eingerechnet werden. Frauen in der Schwangerschaft darf das Ferienguthaben sogar erst nach drei vollen Monaten Abwesenheit gekürzt werden, ebenfalls um je einen Zwölfstel für den dritten und die folgenden vollen Monate. Und selbstverständlich berechtigt auch der Mutterschaftsurlaub nicht zu einer Ferienkürzung.

VERJÄHRUNG

KURZE FRISTEN SIND ILLEGAL

Sieht das Reglement Ihrer Firma vor, dass nicht bezogene Ferienguthaben wenige Monate nach Beginn des Folgejahres verfallen, ist das rechtlich unhalbar. Denn Ferienguthaben verjähren nach Gesetz erst nach fünf Jahren. Und weil bei künftigen Ferien jeweils meistens zuerst das älteste Ferienguthaben bezogen wird, kommt es höchst selten tatsächlich zu einer Verjährung. Allerdings: Die Firma kann Sie zwingen, Ihr gesamtes Ferienguthaben jeweils im laufenden Jahr zu beziehen.

Höherer Sold in der Schweizer Armee Plus 50 Prozent

Wer Militärdienst leistet, verdient ab 2023 besser. Was in Prozenten üppig tönt, bleibt in Franken bescheiden.

Grosses tut sich beim Schweizer Militär: Nicht nur sollen die Armeeangehörigen in Zukunft ein elektronisches Dienstbüchlein statt der gedruckten Ausgabe erhalten, wie das VBS Ende 2022 mitteilte. Wann genau, weiss zwar kein Mensch. Zumindest hat der Bund aber die gesetzliche Grundlage dazu geschaffen. Wurde auch Zeit. Denn der Wechsel von der analogen zur digitalen Version des Dienstbüchleins war schon mal aufs Jahr 2013 angekündigt worden.

REKRUTIN FÜR 6 FRANKEN. Terminuslich besser greifbar ist die

Erhöhung des Solds. Ab diesem Jahr erhalten Rekruten 6 Franken pro Tag (bisher 4 Franken), Soldaten Fr. 7.50 (bisher 5 Franken), ein Wachtmeister Fr. 11.50 (bisher 8 Franken). Und so weiter: Vom Rekruten bis zum Korpskommandanten, der jetzt pro Dienstag Fr. 43.50 garniert, sind die Solde um rund 50 Prozent angehoben worden. Und zwar in beispielhafter Gleichbehandlung der Geschlechter: Die Soldatin verdient exakt so viel wie der Soldat, die Korpskommandantin (wenn es sie denn gäbe) exakt so viel wie der Korpskommandant.

Auf jeden Fall ein grosser Sprung nach vorn für alle, der einzig dadurch relativiert wird, dass die letzte Soldanpassung an die Teuerung doch schon ein Weilchen zurückliegt – nämlich 36 Jahre. (jk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

Handyvideos bearbeiten wie die Profis

Beim Filmen, Schneiden und Aufpeppen von Handy-aufnahmen helfen Ihnen praktische Apps. Das sind die besten Programme:

ProMovie Recorder+ und ArtMoviePro. Sehr gute Apps fürs Filmen. Sie punkten mit einer einfachen Bedienung. Blende, Weissabgleich, Schärfe, Zoom und ISO-Wert lassen sich während der Aufnahme problemlos mit einem Finger einstellen. Ausserdem können Sie mit der App ein Mikrofon via Bluetooth mit der Kamera verbinden. **Erhältlich für:** Android und iPhone. **Kosten:** 3 Franken.



SCHNITTHILFE: Wer ein Smartphone von Apple hat, kann die Gratis-App iMovie verwenden. FOTO: APPLE

iMovie Ausgefeilte Videoschnitt-App mit drei Bearbeitungsstufen: Erstens ein Vollautomatik-Modus für Anfängerinnen und Anfänger. Zweitens ein «Storyboard»-Modus, in dem die App Ihnen Ratschläge gibt, wann im Film eine Nahaufnahme oder ein Schwenk zu sehen sein sollte. Und drittens ein manueller Modus, in dem Sie Ihr Video noch freier gestalten können. **Erhältlich für:** iPhone. **Kosten:** gratis.

KineMaster. Die App ist teuer, ersetzt aber eine Computerschnittsoftware. Videos und Musik lassen sich auf der Zeit- leiste frei verschieben und einfach mit Effekten wie Fotoeinblendungen oder Überblendungen versehen. Die vielen Gestaltungsoptionen können Sie mit wenigen Fingerbewegungen aufrufen. Das Layout der App ist übersichtlich, die Hilfefunktion jedoch etwas spartanisch gehalten. **Erhältlich für:** Android und iPhone. **Kosten:** 12.50 Franken pro Monat oder 125 Franken pro Jahr.

GoPro Quik. Die App erstellt im Handumdrehen fixfertige Videos samt Musikuntermalung. Wählen Sie einfach die Aufnahmen aus, die Sie im Video haben möchten – den Rest macht die App. Für den Filmstil stehen Ihnen mehrere Vorgaben zur Auswahl. **Erhältlich für:** Android und iPhone. **Kosten:** 2 Franken pro Monat oder 9.50 Franken pro Jahr. MARC MAIR-NACK

workrätsel

Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Für die schönste Zeit des Jahres: Winterferien im Hotel Belvedere in Grindelwald BE! Geniessen Sie die Entspannung im Sole-Whirlpool im Garten, das feine Essen, die kreativen Cocktails und natürlich die Aussicht auf den Eiger: www.belvedere-grindelwald.ch

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 21/2022
Das Lösungswort lautete: **BESINNLICHKEIT**



DEN PREIS, 400 Franken in Reka-Checks, hat gewonnen: René Baumgartner, Basel. Herzlichen Glückwunsch!

Gebiet e. relig. Minderheit			frz. Artikel	fein, sanft	antikes Balkanvolk			Erdgeist	poln. Kraut-eintopf	Jupitermond	kosmet. Artikel für die Lippen		Jubelwelle: La ...		Erdzeitalter	unrichtig, nicht korrekt	bibl. Priester	kleine Kleidergrösse
				3				Chef des Gewerbeverbands							Tal im Oberengadin: ...tal			
zweistellige Zahl		Zch. f. Plutonium	brav, folgsam		Tessiner Frischkäse								Körperstellung		wenn, zu der Zeit			
nicht ver-schwen-derisch								Rand, Winkel		feines Rauleder		griech. Skandal-Politikerin (Eva)				6		unbe-manntes Raum-fahrzeug
					Wasserstands-messer		Überein-stimmung							Wald-baum-frucht		Gesund-heit fördernd		
Sprint		zum Alter-tum ge-hörend		geflü-geltes Pferd								frz.: Gen-fersee: Le ...		Schall-reflexion				
schweiz. Schau-spielerin † 1982							Raum, Wohn-zimmer		Halb-edel-stein		tote Körper							
					US-R&B-Sängerin		sich wundern							Lotto-gewinn		Abk.: Idaho		
Meeres-pflanze	schweiz. Pop-sänger		Messer und Gabel								Durch-einander		das Unsterb-liche				8	
Heilige Schrift d. Christen							Gummi-har-zart	steiler Berg-pfad		Spieler, Zocker (engl.)						Fuss-be-kleidung (engl.)		Dresch-platz
				4														
			frech, vorlaut		ausfallen lassen, canceln									Hafen-stadt in Süd-irland		ehem. Zigi-Multi in Boncourt		
Bundes-amt für Kultur		Schnür-mieder								stehen-des Ge-wässer		Browser von Google						
					2													
dt. Ver-kleine-rungs-silbe					kurzer engl. Gruss		Keim-zelle		Gär-futter-behälter Mz.							Augen-blick, im ...		lat.: und
unaus-gewogen		neue Bundes-rätin; Baume- ...											Hände weg von den ...					
									Rinde unseres Planeten									

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

Lösungswort einsenden an:
work, Postfach, 3000 Bern 16,
oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 27. Januar 2023

INSERAT



20.02.2023, 9.30 – 16.00 Uhr

Branchenkonferenz Pflege und Betreuung in Bern

Melde dich jetzt an!



Vom Labor aufs Dach: Solarteuer **Martin Schmid (40)** geht seinen ganz eigenen Weg

«Manchmal ist es wie Seiltanzen»

Keine Angst zu fallen: weder vom Hausdach noch von der Karriereleiter. Martin Schmid hat in jungen Jahren Physik studiert. Heute montiert er Solarpanels in luftiger Höhe.

SARAH FORRER | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Martin Schmid ist kein Mann des geraden Berufsweges. Vielmehr sucht er seinen eigenen Pfad. Mit Auf und Abs und überraschenden Abzweigungen. Im Moment führt der Weg die Leiter hoch. Hoch aufs Dach. Dort montiert der 40jährige Berner Solarpanels. Bei Wind und Wetter und zu jeder Jahreszeit. Für den studierten Physiker fühlt sich die harte körperliche Arbeit nicht ungewohnt an. Im Gegenteil. «Ich habe zwei brauchbare Hände und turnte schon als Kind gern in der Höhe umher», sagt er lachend und nimmt einen Schluck von seinem Cappuccino.

Schmid macht gerade Pause. Er sitzt in der Bäckerei direkt neben dem Bahnhof Gümligen bei Bern. Hier zwischen idyllischen Bauernhöfen und grauen Betonbau-

Die Thematik interessierte Schmid. Zudem gefiel ihm die Betriebsphilosophie: «Die Hierarchien bei der Genossenschaft sind sehr flach», erzählt Schmid. Die Mitarbeitenden hätten viele Freiheiten und ein grosses Mitspracherecht. Regelmässig fänden Sitzungen statt, an denen alle die Traktanden gemeinsam durchgingen. Und nach Lösungen suchten. Soziokratisch, was einen langen Atem voraussetzte: «Wir diskutieren, bis alle mit dem Entscheid einverstanden sind.»

MIT GEFÜHL. Schmid selbst gehört seit eineinhalb Jahren zum Team. Zuerst arbeitete er temporär. Ohne Qualifikationen. Dann liess er sich ein halbes Jahr zum Solarteuer ausbilden. Sein Job: Solaranlagen planen, installieren, in Betrieb nehmen und warten. Rasch lernte Schmid, die rund 25 Kilogramm schweren und etwa 1,7 Meter langen Panels auf die Dächer zu hieven und zu montieren. «Viele denken: Panel drauf, und gut ist's. Aber so einfach ist es nicht.» Je nach Dach kommen andere Elemente zum Einsatz. Besonders schwer, teuer und beim Montieren empfindlich sind diejenigen, welche die Funktion der Ziegel übernehmen. Sogenannte Indachmodule. Gerade in der Schweiz kommen sie relativ häufig zum Einsatz. «Sie sind zwar teurer, haben dafür eine höhere Lebenserwartung.»

Auf den Baustellen verbringt Schmid heute noch rund die Hälfte der Zeit. Die andere Hälfte ist mit Büroarbeit und Projektleitung gefüllt. Besonders in Erinnerung geblieben ist ihm die Arbeit auf den Dächern der Wohnbaugenossenschaft Warmbächli mitten in der Stadt Bern. Seine bisher grösste Baustelle. Gemeinsam mit dem Team montierte Schmid im vergangenen

ten, zwischen Stadt und Land, ist er aufgewachsen. So vielfältig die Umgebung, so vielfältig waren seine Interessen. In der Schule begeisterte er sich für Sprachen genauso wie für Mathe und Sport. Wenig verwunderlich, fiel ihm die Studienwahl schwer. Er entschied sich schliesslich für Physik. Nicht zuletzt wegen Albert Einstein. «Die Verbindung zwischen Mathematik und der physikalischen Welt fasziniert mich.»

INS BLAUE. Nach seinem Studium arbeitete Schmid als wissenschaftlicher Mitarbeiter, bevor es ihn ins Klassenzimmer zog. Doch nach sieben Jahren als Gymnasiallehrer hatte Schmid genug. Genug vom Unterrichten. Genug von den Abenden, die er mit Korrigieren und Vorbereiten verbrachte. Er kündigte ins Blaue hinaus. Ohne konkreten Plan, aber mit vielen Ideen und einem offenen Geist.

Durch einen Freund stiess er auf die Energiegenossenschaft Schweiz. Eine kleine Bude mit 15 Angestellten, die sich auf Photovoltaikanlagen spezialisiert hat.



MARTIN SCHMID MUSIK UND AUSTOBBEN

Eine grosse Passion: das hat Martin Schmid nicht. «Ich sammle jetzt nicht inbrünstig Briefmarken oder fahre tagelang mit der Modelleisenbahn im Keller umher», sagt der Berner und lacht. Vielmehr ziehen sich auch in seiner Freizeit die unterschiedlichsten Interessen durch.

KLAVIERSCHÜLER. Musik nimmt Raum ein: Gitarre spielt er seit seiner Jugend. Mit Klavier hat er erst gerade kürzlich angefangen. Auch Sport ist ihm wichtig, erzählt er: «Früher spielte ich begeistert Volleyball.» Heute tott er sich einmal in der Woche mit Freunden in der Turnhalle aus. Martin Schmid arbeitet in einem 70-Prozent-Pensum und verdient netto 3927.15 Franken pro Monat.

WORK-SERIE



Teures Gas, knapper Strom und eine Klimakrise, die sich immer deutlicher zeigt: Das Thema Energie bewegt die Schweiz wie schon lange nicht mehr. work richtet dabei den Blick auf die Búezerrinnen und Búezzer, die bereits jetzt an der Energiewende arbeiten. Alle Teile der «worktag»-Serie gibt es zum Nachlesen unter: workzeitung.ch/worktag.

Herbst über 350 Panels auf einer Stahlkonstruktion. Und das alles in luftiger Höhe. Der gesamte Bau war zwar mit Netzen gesichert, doch war die Installation nicht ungefährlich. Vor allem an den kalten, nassen Novembertagen, wenn der Stahl rutschig war. «Da fühlte man sich manchmal wie im Zirkus beim Seiltanzen.»

MIT VERZICHT. Ein Seiltanz – oder besser ein Balanceakt – findet Schmid die Diskussion rund um die Energiewende. Ihn faszinieren die Möglichkeiten der erneuerbaren Energien. Wie der Sonne. «Da ist ein riesiges Potential vorhanden. In der Schweiz wird dies nicht annähernd ausgeschöpft.» Dennoch steht der Berner dem Solarboom auch skeptisch gegenüber:

Viele der Teile für die Module kommen aus China; ungewiss, wie sie dort produziert wurden. Und auch der lange Transportweg ist ihm ein Dorn im Auge.

Für ihn führt kein Weg an einem Wort vorbei: Verzicht. «Wenn ich mir was wünschen könnte, dann wäre es weniger Konsum. Massiv weniger», sinniert er. Dennoch weiss er aus eigener Erfahrung, wie viele Grautöne in der Energiediskussion mitschwingen. Schliesslich wird sein Zuhause mit einer Ölheizung beheizt. Seine Eltern hatten diese vor zehn Jahren ausgewechselt. Als er das Haus mit seiner Frau und seinen drei Kindern übernahm, übernahm er diese mit. Mit Widerwillen: «Die Ölheizung ist wohl meine grösste Umweltsünde.»



WUCHTIG: Ganze 25 Kilo wiegt ein Solarpanel. Mehrere Hundert davon hat Martin Schmid schon auf den Dächern in der Region Bern montiert.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Produzentin/Redaktionsleiterin), patriciadincau@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Sarah Forrer, Martin Jakob, Andreas Rieger, Peter Stäuber, Clemens Studer, Jean Ziegler Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseller@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jallily (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch Auflage 65005 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.